



**Haushaltssanierungsplan 2022/2023 ff.
(5. Fortschreibung des HSP 2017)**

| Inhaltsverzeichnis | | Seite |
|---------------------------|--|--------------|
| 1. | Vorbericht | 119 |
| 1.1 | HSK-Pflicht | 119 |
| 1.2 | Strategiefelder zur Haushaltskonsolidierung | 121 |
| 1.2.1 | Gesamtstrategie | 121 |
| 1.2.2 | Strategiefeld Personal | 124 |
| 1.2.3 | Strategiefeld Interkommunale Zusammenarbeit | 128 |
| 1.2.4 | Strategiefeld Sozialraumentwicklung | 129 |
| 1.2.5 | Haushaltsbegleitbeschluss | 130 |
| 2. | Maßnahmen zur Haushaltssicherung | 133 |
| 2.1 | Liste und Maßnahmeblätter der reduzierten Maßnahmen | 134 |
| 2.2 | Liste und Maßnahmeblätter der erhöhten Maßnahmen | 139 |
| 3. | Maßnahmenübersicht | 141 |

1. Vorbericht

Die Stadt Mülheim an der Ruhr leidet seit Jahren unter einer "strukturellen Unterfinanzierung". Ursächlich hierfür ist u. a. eine fortlaufende Nicht-Einhaltung des Konnexitätsprinzips; gesetzliche Vorgaben und Aufgaben, die von Bund oder Land erlassen werden, müssen ohne bzw. mit nicht auskömmlicher Unterstützung zusätzlich finanziert werden.

Die Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten belastet die Stadt Mülheim an der Ruhr - wie auch die übrigen NRW-Kommunen - weiterhin.

Die Zahlen stagnieren inzwischen auf einem Wert von ungefähr knapp unter 1.100 (Stand 31.12.2018 = 1.093, 31.12.2019 = 1.107, 31.12.2020 = 978); für die Haushaltsplanung 2022/2023 wird - wie bereits für die Jahre 2019 bis 2021 - immer noch eine Fallzahl von rd. 1.000 im Mittelwert zugrunde gelegt.

Die Darstellung eines Haushaltsausgleiches gestaltet sich von Jahr zu Jahr schwieriger und lässt die Höhe der Kredite zur Liquiditätssicherung und die damit verbundene Zinslast immer weiter ansteigen.

Aufgrund einer gesetzlichen Neuregelung zur außerplanmäßigen Abschreibung von Finanzanlagen in Verbindung mit der Entwicklung des RWE-Aktienkurses war im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von rd. 413,9 Mio. € vorzunehmen. In Folge dessen ist zum 31.12.2013 die bilanzielle Überschuldung der Stadt Mülheim an der Ruhr eingetreten. Seit diesem Zeitpunkt ist eine allgemeine Rücklage nicht mehr vorhanden.

1.1 HSK-Pflicht

Die Gemeinde hat gem. § 76 GO NRW ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn bei der Aufstellung des Haushalts

1. durch Veränderungen in der Haushaltswirtschaft innerhalb eines Haushaltsjahres der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
2. in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder
3. innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird.

Vor diesem Hintergrund mussten seit dem Haushaltsjahr 2010 **genehmigungspflichtige Haushaltssicherungskonzepte** aufgestellt werden. Diese wurden für die Jahre 2013ff. bis 2016ff. von der Kommunalaufsicht genehmigt.

Im Rahmen der Teilnahme an der dritten Stufe des Stärkungspaktes Stadtfinanzen aufgrund des § 6 Abs. 4 des Stärkungspaktgesetzes trat ab dem Haushaltsjahr 2017 erst-

malig ein Haushaltssanierungsplan an die Stelle des bisherigen Haushaltssicherungskonzeptes.

Auch der Haushaltssanierungsplan für das Jahr 2017ff. sowie die Fortschreibungen für die Jahre 2018ff. bis 2021ff. wurden von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt.

Aufgrund der Teilnahme am Stärkungspakt musste ein erstmaliger Haushaltsausgleich - unter Berücksichtigung der Konsolidierungshilfen - für das Jahr 2020 dargestellt werden. Dazu waren für die Jahre 2017 bis 2020 jährliche Stärkungspaktmittel in Höhe von rd. 31,7 Mio. € eingeplant. In den Folgejahren war unter degressiver Abnahme der Konsolidierungshilfen bis auf Null der Haushaltsausgleich jährlich bis zum Jahr 2023 darzustellen. Für das Jahr 2021 war daher eine Reduzierung um 11.697.300 € auf 20.002.700 € und für das Jahr 2022 um 10.048.900 € auf 9.953.800 € vorgesehen. Ab dem Jahr 2023 entfallen die Stärkungspaktmittel in Gänze. Diese Planungsprämissen werden auch in der vorliegenden Fortschreibung beibehalten.

Der Stadt Mülheim an der Ruhr ist es gelungen, bereits im Jahr 2019 und im Folgejahr positive Ergebnisse zu erzielen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie war dies im Jahr 2020 allerdings nur aufgrund spezieller gesetzlicher Regelungen möglich:

Das NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz (NKF-CIG) gestattet den Kommunen, die Summe der Haushaltsbelastung (also Minder-/Mehrerträge und Mehr-/Minderaufwendungen) infolge der Pandemie im Jahresabschluss 2020 und bei der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 mit der mittelfristigen Finanzplanung zu isolieren und in der Bilanz als gesonderten Aktivposten mit der Bezeichnung "Aufwendungen für die Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit" auszuweisen. Um diese Position zu "neutralisieren" darf in gleicher Höhe ein außerordentlicher Ertrag ausgewiesen werden. Diese Bilanzierungshilfe ist beginnend mit dem Jahr 2025 linear über längstens 50 Jahre erfolgswirksam abzuschreiben. Aufgrund dieser Regelungen ist es der Stadt Mülheim an der Ruhr möglich, auch nach 2020 voraussichtlich erneut ein positives Ergebnis zu erzielen. Dennoch müssen die Haushaltsbelastungen mit Liquiditätskrediten finanziert werden und verschlechtern die Finanzsituation der Kommune.

Das „Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften“ vom 01.12.2021, das im Artikel 1 eine Änderung des NKF-COVID-19-Isolierungsgesetzes enthält, erlaubt es den Kommunen, auch in den Haushaltsjahren 2022/2023 coronabedingte Schäden zu isolieren.

Somit sind im Rahmen der Aufstellung der Haushaltssatzung die pandemiebedingten Minder-/Mehrerträge und Mehr-/Minderaufwendungen für die mittelfristige Finanzplanung im Ergebnisplan zu berücksichtigen und dem Vorbericht in Form einer Nebenrechnung als Anlage beizufügen. In Höhe dieser Haushaltsbelastung ist ebenfalls ein außerordentlicher Ertrag in den Ergebnisplan aufzunehmen.

Für den **Haushalt 2022/2023 ff.** stellt sich die Haushaltssituation wie folgt dar:

| Stand: 11.11.2021 Ratsbeschluss | 2020 RE | 2021 Plan | 2022 Plan | 2023 Plan | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan |
|--|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| Jahresergebnis | 7.521.975 € | 7.323.021 € | 11.978.551 € | 7.406.214 € | 4.991.606 € | 3.514.294 € | 5.324.883 € |
| Ausgleichsrücklage | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| Inanspruchnahme | | | | | | | |
| Ausgleichsrücklage | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| Verbleibender Fehlbetrag/Überschuss | 7.521.975 € | 7.323.021 € | 11.978.551 € | 7.406.214 € | 4.991.606 € | 3.514.294 € | 5.324.883 € |
| Allgemeine Rücklage | -546.334.119 € | -480.847.069 € | -473.524.048 € | -461.545.497 € | -454.139.283 € | -449.147.677 € | -445.633.383 € |
| Inanspruchnahme | -7.521.975 € | -7.323.021 € | -11.978.551 € | -7.406.214 € | -4.991.606 € | -3.514.294 € | -5.324.883 € |
| Verrechnung gegen EK (u.a. BtMH) | -57.965.075 € | | | | | | |
| (gleich ... %) | Überschuldung | | | | | | |
| Endbestand allgemeine Rücklage | -480.847.069 € | -473.524.048 € | -461.545.497 € | -454.139.283 € | -449.147.677 € | -445.633.383 € | -440.308.500 € |

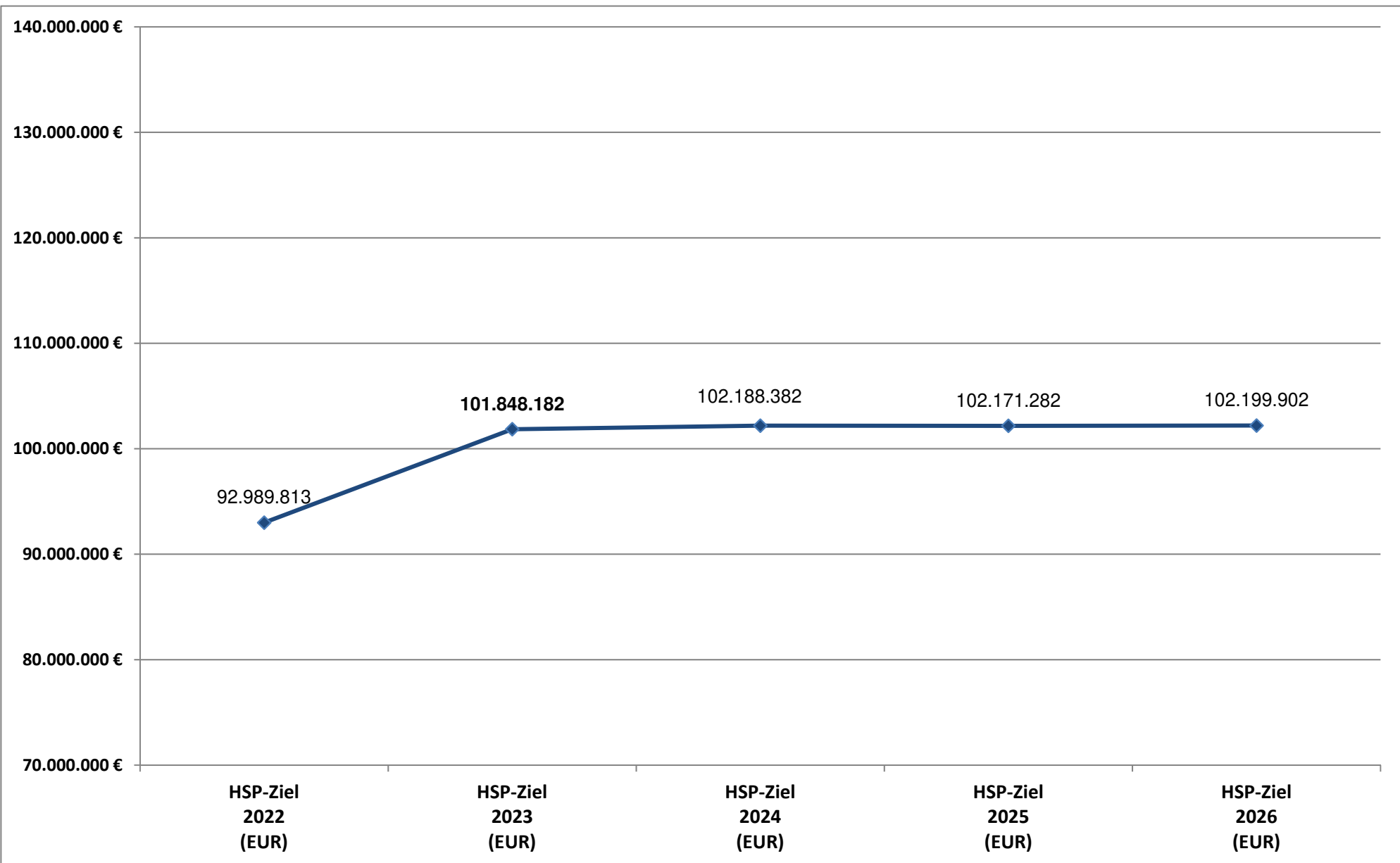
Die Einhaltung des Haushaltssanierungsplanes wird gemäß § 7 Abs.1 Stärkungspaktgesetz durch die Bezirksregierung überwacht. Die Gemeinden sind verpflichtet, jährlich mit der Haushaltssatzung spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres, im laufenden Jahr zum 30.06. sowie bis zum 15.04. des Folgejahres mit dem bestätigten Jahresabschluss über die Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes zu berichten. Kommt eine Gemeinde ihrer Pflicht zur Vorlage des Haushaltssanierungsplanes nicht nach, weicht sie vom Haushaltssanierungsplan ab oder werden Konsolidierungsziele aus anderen Gründen nicht erreicht, setzt die Bezirksregierung eine angemessene Frist, um entsprechend den Vorgaben des Gesetzes Maßnahmen zu ergreifen, welche die Ziele des Haushaltssanierungsplanes erreichen. Sofern nach erfolgter Fristsetzung eine Umsetzung dieser Maßnahmen nicht erfolgt, ist durch das für Kommunales zuständige Ministerium ein Beauftragter nach § 124 GO NRW zu bestellen. Bei nicht absehbaren und von der Gemeinde nicht zu beeinflussenden erheblichen Veränderungen der finanziellen Situation der Gemeinde kann die Bezirksregierung eine Anpassung des Haushaltssanierungsplans genehmigen.

1.2 Strategiefelder zur Haushaltskonsolidierung

1.2.1 Gesamtstrategie

Es wird auf die Ausführungen im Haushaltssanierungsplan 2017 ff. verwiesen.

Die folgende Grafik veranschaulicht das strukturelle Einsparvolumen der 191 HSP-Einzelmaßnahmen bis zum Jahre 2026.



Aufgrund der COVID-19-Pandemie entstehen der Stadt Mülheim an der Ruhr auch in den Jahren 2022/2023 erhebliche Ertragseinbußen und Mehraufwendungen. Durch eine strin-gente Haushaltsführung und die durch das NKF-CIG gegebenen Möglichkeiten (Auswei-sung eines außerordentlichen Ertrages, s. o.) kann der Haushaltsausgleich jedoch nach wie vor auch für die Jahre 2022/2023ff. dargestellt werden.

Im Rahmen dieser HSP-Fortschreibung werden vier Maßnahmen, die in der ursprüngli-chen Höhe nicht realisierbar sind, reduziert (siehe auch Ziffer 2.1 „Liste der Reduzierun-gen und Streichungen“):

HSP-Nr. 123 (Reduzierung des öffentlichen Anteils an der Straßenreinigung)

Die Beträge werden jährlich im Rahmen der Kalkulation der Gebühren für die Straßenrei-nigung und den Winterdienst ermittelt.

HSP-Nr. 125 (Erhöhung der Gebühren (Baumschutzsatzung))

Die ursprünglich angenommene Anzahl der Anträge hat sich reduziert; eine Kompensati-on ist im Aufwandsbereich des Fachbereiches erfolgt.

HSP-Nr. 126 (Berücksichtigung des gebührenfähigen Aufwands anderer Ämter bei den Straßenreinigungsgebühren)

Die Beträge werden jährlich im Rahmen der Kalkulation der Gebühren für die Straßenrei-nigung und den Winterdienst ermittelt.

HSP-Nr. 147 (Zusammenführung und Modernisierung der städtischen Bibliotheksdienste im Medienhaus)

Der Rat der Stadt hat bereits in seiner Sitzung am 01.07.2021 die Vorlage V 21/0523 (Stadtteilbibliotheken hier: Änderung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 19.02.2021 (A 21/0146-01 Haushaltsbegleit Antrag)) und somit die Änderung dieser HSP-Maßnahme beschlossen. Danach wird der Konsolidierungsbetrag in 2022 unverändert auf 200.000 € festgesetzt und ab 2023 von 400.000 € p. a. auf 300.000 € p. a. reduziert. Wie in der Vorlage ebenfalls formuliert, wurde die Kompensation gesamtstädtisch im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt; dies lässt sich anhand der geplanten Jahresergeb-nisse nachvollziehen.

Zur langfristigen Befreiung der Stadt von der Schuldenlast und zur Wiedererlangung ei-ner dauerhaften Handlungsfähigkeit reichen alle Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen allein jedoch nicht aus.

Es ist zwingend erforderlich, eine nachhaltige Lösung des Altschuldenproblems zu finden. Nachdem der Bundesfinanzminister bereits eine anteilige Übernahme der Altschulden durch den Bund in Aussicht gestellt hatte, ist das Thema aufgrund der aktuellen Entwick-

lungen (COVID-19-Pandemie) leider in den Hintergrund gerückt. So wurde im Rahmen des Konjunkturpaketes des Bundes durch die Erhöhung seines Anteiles an den Kosten der Unterkunft zwar eine Entlastung der Kommunen erzielt; die Altschuldenproblematik ist jedoch ungelöst geblieben.

Das Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" hat daher am 27.08.2020 eine an die nordrhein-westfälische Regierung gerichtete Petition mit der Forderung nach einem "Zukunftspakt NRW" und somit auskömmlichen Kommunal финанzen gestartet. ¹

Bisher liegen rd. 12.700 Unterschriften vor.

1.2.2 Strategiefeld Personal

I. Haushaltssicherungskonzept 2010 ff. / Haushaltssanierungsplan 2022/2023 ff.

Aufgrund der Finanzsituation der Stadt Mülheim an der Ruhr war die Aufstellung eines für die Aufsichtsbehörde genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) für die Jahre 2010 ff. unabweisbar. In diesem wurde auf der Basis der Fluktuationszahlen und erforderlicher Nachbesetzungen eine rein rechnerisch mögliche Personalkosteneinsparung von rund 13,5 Mio. € (das entspricht rund 270 Stellen) benannt, die bis 2014 erreicht werden sollte. Das HSK wurde in der Ratssitzung am 07.10.2010 beschlossen. Zur Finanzierung von Fluktuationsanreizen wurde im Jahresabschluss 2010 ein Budget von 3 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Im Dezember 2011 erfolgte der Abschluss der politischen Rahmenvereinbarung zur Steuerung und Umsetzung des Bündnisses für Ausbildung, Beschäftigung und Konsolidierung. Am 14.05.2012 wurde die Dienstvereinbarung „Bündnis“ abgeschlossen, welche die Voraussetzung für einzelne Maßnahmen zur Personalkostenreduzierung bzw. zum strukturellen Personalabbau bildet.

Die bisherigen rein stellenbezogenen Einsparerfolge können wie folgt beziffert werden:

| | |
|-------------------|--|
| Stellenplan 2012: | 54,80 Stellen (aus den Jahren 2010 und 2011) |
| Stellenplan 2013: | 26,38 Stellen (aus dem Jahr 2012) |
| Stellenplan 2014: | 36,26 Stellen (aus dem Jahr 2013) |
| Stellenplan 2015: | 14,85 Stellen (aus dem Jahr 2014) |
| Stellenplan 2016: | 14,90 Stellen (aus dem Jahr 2015) |
| Stellenplan 2017: | 20,79 Stellen (aus dem Jahr 2016) |
| Stellenplan 2018: | 46,00 Stellen (aus dem Jahr 2017) |
| Stellenplan 2019: | 83,52 Stellen (aus dem Jahr 2018) |
| Stellenplan 2020: | 29,45 Stellen (aus dem Jahr 2019) |
| Stellenplan 2021: | 19,34 Stellen (aus dem Jahr 2020) |
| Stellenplan 2022: | 15,82 Stellen (aus dem Jahr 2021) |

¹ www.derneustadtkaemmerer.de

Perspektivisch ist aufgrund bereits bewilligter Maßnahmen aus dem Personalabbaukonzept noch eine Einsparung von 1,42 Stellen zu erwarten. Ferner wurden 86,59 Stellenanteile aus dem Personalpool eingespart.

Einsparerfolge insgesamt: 450,12 Stellen

Bei der Umsetzung der Maßnahmen aus der Dienstvereinbarung „Bündnis“ zeigte sich, dass nicht alle von den Mitarbeitenden beantragten Maßnahmen von den Fachbereichen befürwortet werden konnten. Aufgrund der vorherrschenden Leistungsverdichtung mussten Maßnahmen abgelehnt werden. Die Zielerreichung von 13,5 Mio. € war daher nicht bis 2014 zu erreichen; weitere Stelleneinsparungen konnten nur bei einem veränderten Aufgabenumfang erfolgen. Der Konsolidierungszeitraum wurde daher bis 2018 verlängert.

Für die Jahre 2015 und 2016 wurden weitere Personalkosteneinsparungen in Höhe von 1,5 Mio. € pro Jahr beschlossen, die allerdings ausdrücklich unter die Prämisse der Aufgabenreduzierung gestellt worden sind.

Das Einsparziel des Personalabbaukonzeptes (HSP-Maßnahme 139) betrug insgesamt:

| | |
|--------------|-------------------|
| HSK 2010 ff | 13,5 Mio. € |
| Kürzung 2015 | 1,5 Mio. € |
| Kürzung 2016 | <u>1,5 Mio. €</u> |
| Insgesamt | 16,5 Mio. € |

Es wurde bereits mit Ablauf des Jahres 2017 vollständig erreicht:

| | | |
|------|-------------------|-----------------|
| 2010 | 1,7 Mio. € | bereits erzielt |
| 2011 | 1,1 Mio. € | bereits erzielt |
| 2012 | 2,4 Mio. € | bereits erzielt |
| 2013 | 2,6 Mio. € | bereits erzielt |
| 2014 | 2,0 Mio. € | bereits erzielt |
| 2015 | 2,1 Mio. € | bereits erzielt |
| 2016 | 2,5 Mio. € | bereits erzielt |
| 2017 | <u>2,1 Mio. €</u> | bereits erzielt |
| | 16,5 Mio. € | |

Weitere Maßnahmen zur Personalkostenreduzierung ergeben sich aus den Beschlüssen zum Haushaltssanierungsplan 2018. In der Haushaltsplanung für 2018 wurde eine weitere HSP-Maßnahme zur Personalkostenreduzierung beschlossen. Bis 2020 sollen 0,7 Mio. € im Rahmen der HSP-Maßnahme 143 an Personalkosten eingespart werden. Dies wurde bereits im Jahr 2018 vollständig umgesetzt.

Aus den Einsparvorschlägen der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA), die bei der Stadt Mülheim an der Ruhr ein Aufgabenkritikverfahren durchgeführt hat, resultieren bis 2024 Personalkosteneinsparungen in Höhe von 1,5 Mio. € (HSP-Maßnahme 140).

Weiterhin wurde in der Ratssitzung vom 06.12.2018 die HSP-Maßnahme 144-1 (Einsparung von Personalaufwendungen) beschlossen. Bis 2022 sollen 2,5 Mio. € an Personalaufwendungen durch Standardabbau und Prozessverschlinkungen auf der Basis der natürlichen Fluktuation eingespart werden, bis 2023 sind es insgesamt 6,0 Mio. €, die eingespart werden sollen. Die Umsetzung des Konsolidierungsziels wird durch die Gemeindeprüfungsanstalt begleitet. Die Einsparziele für 2022 sind bereits in 2021 erreicht und überkompensiert.

Der Haushalt 2021 ff. wurde in der Sitzung des Hauptausschusses anstelle des Rates nach Delegation gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW am 19.02.2021 beschlossen. Ebenfalls in dieser Sitzung wurden aufgrund eines Haushaltsbegleitantrages (Drucksache A 21/0146-01) weitere HSP-Maßnahmen beschlossen, die u. a. auch zu Personalkosteneinsparungen führen (HSP-Maßnahme 147 „Zusammenführung und Modernisierung der städtischen Bibliotheksdienste im Medienhaus“, HSP-Maßnahme 148 „Neuregelung des OGS-Zuschusses“, HSP-Maßnahme 149 „Optimierung Leitungsfunktion Amt 45“, HSP-Maßnahme 151 „Reduzierung/Einstellung der Beratungsanteile in der Rentenversicherung“).

In den Folgejahren ist die Einsparung wie folgt berücksichtigt (Darstellung in Mio. €):

| | Prognose 2021 | Plan 2022 | Plan 2023 | Plan 2024 | Plan 2025 | Plan 2026 |
|---|--------------------------|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|----------------------|
| Personalaufwand u. Rückstellungen (Aktive) | 189,1 | 193,5 | 193,3 | 198,0 | 200,4 | 204,8 |
| Rückstellungen Aktive | 16,9 | 17,9 | 17,2 | 18,5 | 17,5 | 18,5 |
| Personalaufwand ohne Rückstellungen | 172,2 | 175,6 | 176,1 | 179,5 | 182,9 | 186,3 |
| Differenz zum Vorjahr | | 2,8 | 0,5 | 3,4 | 3,4 | 3,4 |
| Tarif-/Besoldungsrechtliche Erhöhungen | | 3,4 | 4,0 | 3,4 | 3,4 | 3,4 |
| Personalmehrbedarf / Stellenneueinrichtungen | | 3,2 | 0,3 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Summe der Personalkostenausweitung | | 6,5 | 4,3 | 3,4 | 3,4 | 3,4 |
| Durch einen Vergleich der Zeilen Differenz zum Vorjahr und der Summe der Personalkostenausweitung wird die in dem Jahr erbrachte Einsparung deutlich | | | | | | |
| Einsparung HSP- Maßnahme 140 | | 0,2 | 0,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Einsparung HSP-Maßnahme 144-1 | | 2,5 | 3,5 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| HSP-Maßnahmen aufgrund Haushaltsbegleitantrag Vorlage - A 21/0146-01 | | 0,5 | 0,2 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Einsparung Gesamt | | 3,2 | 3,8 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |

II. Beschäftigung und Qualifizierung im Konzern Stadt Mülheim an der Ruhr

Mit der Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes (HSP) wird Personal in den Fachbereichen freigesetzt und in den Personalpool der verwaltungsinternen Personalagentur im Personal- und Organisationsamt überführt. In dem Personalpool werden neben den durch HSP oder ähnliche Maßnahmen freigesetzten Personen alle Mitarbeitenden geführt, für die nicht unmittelbar Planstellen zur Verfügung stehen (z. B. nach Rückkehr aus Beurlaubungen, aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen oder im Anschluss an die Ausbildung). Durch das Personal- und Organisationsamt werden mit den dort zugeordneten Mitarbeitenden Fördergespräche mit dem Ziel der Findung einer kurzfristigen Einsatzmöglichkeit geführt. Unter Einsatzmöglichkeiten fallen insbesondere vakante oder in absehbarer Zeit vakant werdende Stellen (z. B. durch natürliche Fluktuation) und Vertretungen für Langzeitausfälle. Sofern für den perspektivischen Einsatz eines Mitarbeiters bzw. einer Mitarbeiterin Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich sind, werden diese zielorientiert und einzelfallbezogen geplant und durchgeführt. Der Handlungsrahmen der Personalagentur wird durch die in 2011 in Kraft getretene Dienstvereinbarung „Regelwerk der Personalagentur zur Vermittlung von Beschäftigten des Personalpools der Stadtverwaltung Mülheim an der Ruhr (DV "Personalagentur")" festgelegt. Hiernach ist

insbesondere eine Flexibilisierung des Personaleinsatzes möglich, um effektiver externe Personaleinstellungen vermeiden zu können.

1.2.3 Strategiefeld Interkommunale Zusammenarbeit

Neben der Teilnahme an den vielfachen Konferenzen und Arbeitsgemeinschaften auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie der Mitarbeit in diversen Vergleichsringen gibt es vielfältige interkommunale Kooperationen und Projekte. Dies ist für die Stadt Mülheim an der Ruhr nichts Neues, sondern schon lang gelebte Praxis (die ältesten Zusammenarbeiten wie z. B. Emschergenossenschaft oder Ruhrverband wurden bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegründet).

Seit Beschluss des Doppelhaushaltes 2010/ 2011 wurde der Hauptausschuss in einem sechsmonatigen Turnus über die wesentlichen Entwicklungen im Rahmen der Interkommunalen Maßnahmen und Projekte informiert.

Auf Ebene der Oberbürgermeister*innen in der MEO-Region und im gesamten RVR-Verbandsgebiet sind Gespräche aufgenommen worden, in denen es um Formen bilateraler Aufgabenübertragung auf eine andere Gebietskörperschaft bzw. um die Zusammenführung von Leistungserbringung für mehrere Städte geht. Ein Beispiel der jüngeren Vergangenheit ist die Einrichtung einer gemeinsamen Beihilfestelle in Mülheim an der Ruhr mit der Stadt Oberhausen im Jahre 2012. Als Fortsetzung der bisherigen Arbeit sind weitere Möglichkeiten zur Kooperation auszuloten. Dabei ist das Thema „Umsatzbesteuerung Interkommunaler Kooperationen“ zu berücksichtigen. Die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand wurde in wesentlichen Punkten, mit Einführung des neuen § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG), neu geregelt. Die Neuregelung ist für Umsätze anzuwenden, die nach dem 31.12.2016 ausgeführt werden. Der Gesetzgeber hat der juristischen Person des öffentlichen Rechts ein Wahlrecht hinsichtlich der zeitlichen Anwendung des neuen § 2b UStG ermöglicht. Es bestand die Möglichkeit, einmalig bis zum 31.12.2016 dem Finanzamt zu erklären, dass die Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung auf sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen gewünscht wird. Der Oberbürgermeister hat daher mit Schreiben vom 16.12.2016 eine Optionserklärung an das Finanzamt abgegeben und mitgeteilt, dass die Stadt Mülheim an der Ruhr zunächst weiterhin die alte Rechtslage (§ 2 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes) anwenden wird. Die bisherige Übergangsfrist für die Umsetzung zu § 2b UStG hat sich bis zum 31.12.2022 verlängert; hiermit wird der juristischen Person des öffentlichen Rechts (jPdöR) weiterhin die Möglichkeit gegeben, sich auf den Umstieg vorzubereiten.

Hinsichtlich der interkommunalen Zusammenarbeit und Prüfung der Umsatzsteuerpflicht wird zukünftig § 2b Abs. 3 UStG relevant sein, der in Nr. 2 die Voraussetzungen enthält, die erfüllt sein müssen, damit Leistungen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts an eine andere jPdöR im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit als nicht

wettbewerbsrelevant und damit nicht als umsatzsteuerpflichtig anzusehen sind. Grundvoraussetzung für die Nichtsteuerbarkeit der interkommunalen Zusammenarbeit ist dabei, dass die Zusammenarbeit durch gemeinsame spezifische öffentliche Interessen bestimmt wird. Daneben müssen interkommunale Kooperationen noch die folgenden vier Voraussetzungen erfüllen, um weiterhin als nicht umsatzsteuerpflichtig behandelt zu werden:

- Die Leistungen müssen auf langfristigen öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen beruhen,
- die Leistungen müssen dem Erhalt der öffentlichen Infrastruktur und der Wahrnehmung einer allen Beteiligten obliegenden öffentlichen Aufgabe dienen,
- die Leistungen dürfen ausschließlich gegen Kostenerstattung erbracht werden und
- der Leistende muss gleichartige Leistungen im Wesentlichen an andere juristische Personen des öffentlichen Rechts erbringen.

Ziel des neu gefassten § 2 b Umsatzsteuergesetz ist es, dass die Interkommunale Zusammenarbeit unter den v. g. Voraussetzungen nachhaltig nicht der Umsatzbesteuerung unterliegt. In Fällen, in denen aufgrund fehlender Voraussetzungen dennoch eine Umsatzsteuerpflicht entsteht, kann mit Blick auf den Vorsteuerabzug Gestaltungspotential vorhanden sein.

Gegenwärtig findet eine Auswertung der Rückmeldungen zur Bestandsaufnahme hinsichtlich der geforderten Angaben statt. Anschließend wird eine Überprüfung der vorliegenden Leistungsbeziehungen hinsichtlich der Neuregelung der Umsatzsteuer erfolgen. Erst im Rahmen der Prüfung wird ersichtlich sein, ob eine Leistungsbeziehung im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit vorliegt und welche umsatzsteuerlichen Konsequenzen mit Anwendung des § 2b Umsatzsteuergesetz sich für die Stadt Mülheim an der Ruhr ergeben.

1.2.4 Strategiefeld Sozialraumentwicklung

Die Angebote im Bereich Kultur, Bildung, Sport, Jugend, Gesundheit und Soziales werden sich perspektivisch noch stärker an den sozialräumlichen Bedarfen in den Stadtteilen orientieren. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, nicht um eine einzelne Maßnahme.

1.2.5 Begleitbeschluss zum Haushalt 2022/2023

Der Rat der Stadt hat im Rahmen der Beschlussfassung über den Haushalt 2022/2023 ff. einen zusätzlichen Beschluss mit folgendem Wortlaut gefasst:

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen setzen ihre nachhaltig seriöse Finanzpolitik fort und nehmen dabei konsequent ein an den Einnahmen orientiertes Ausgabeverhalten in den Blick. Auf Grundlage der Beschlüsse der vergangenen Jahre, zuletzt durch den von der schwarz-grünen Ratskoalition gestalteten Haushalt 2021, ist es nun möglich, ohne neue Steuererhöhungen, Einsparmaßnahmen oder sonstige empfindliche Einschnitte in den Status quo einen Haushalt zu beschließen.

Die, wenn auch begrenzte, wiedererlangte Gestaltungsfähigkeit möchten wir für drei konkrete Handlungsfelder nutzen:

- Klimaorientierte Stadtentwicklung

Die Stadt Mülheim an der Ruhr hat sich dem Ziel verpflichtet, bis 2035 klimaneutral zu werden. In den Fokus nehmen wir mit diesem Beschluss insbesondere die städtischen Immobilien und die Radwegeförderung.

- Sichere und saubere Stadtgestaltung

Die Bürgerinnen und Bürger haben es verdient, sich in unserer Stadt sicher und wohl zu fühlen. Dazu wollen wir an den entsprechenden Stellschrauben drehen, um das subjektive Sicherheitsgefühl spürbar zu stärken.

- Teilhabe am städtischen Leben

Die Pandemie hat vielen Akteuren in der Stadtgesellschaft einiges abverlangt. Wir wollen durch gezielte Förderungen das Zusammenleben in der Stadt stützen und insbesondere denjenigen eine Hilfestellung geben, die sich für die städtische Gemeinschaft einsetzen.

Zur Vorlage V 21/0788-01

Folgende Unterstützungsmaßnahmen werden beschlossen, die – analog zum Haushaltsbeschluss 2021 – aus den eingesparten, über die HSP-Maßnahme hinausgehenden Beträgen aus der Reduzierung von Beratungsanteilen der Rentenversicherung finanziert werden. Die Einhaltung der Vorgaben wird durch den Kämmerer sichergestellt.

2022

Aufstockung Kulturetat -Neue Spielräume in der freien Projektförderung: 17.500,00 Euro

SOL Kulturbar - Erlassung des Pachtrückstandes in beistehender Höhe von: 10.000,00 Euro

Förderung DPWV (Paritätischer) - Förderung der Selbsthilfe: 15.000,00 Euro

Aufstockung BV Mittel - Wartungskosten Spielgeräte: 15.000,00 Euro (5000,00 Euro je BV)

Einmalige Erhöhung Zuschuss für Gefährdetenhilfe

Zuschuss für die Sanierung zweier Bäder: 20.000,00 Euro

Bezirksschülervertretung/ Stadtelternrat/Stadtschulpflegschaften Grundschulen/

Weiterführende Schulen - Mittel für Fortbildungen, Schulungen u.a.: 8.000,00 Euro (4x2000,00 Euro)

Ausbau regenerativer Energiegewinnung und klimagerechtem Bauen-

Solar auf städtischen Dächern, Grünbedachung etc.: 32.500,00 Euro

2023

Aufstockung Kulturetat - neue Spielräume in der freien Projektförderung: 17.500,00 Euro

Förderung DPWV (Paritätischer) - Förderung der Selbsthilfe: 15.000,00 Euro

Bezirksschülervertretung/ Stadtelternrat/Stadtschulpflegschaften Grundschulen/

weiterführende Schulen - Mittel für Fortbildungen, Schulungen u.a.: 8.000,00 Euro (4x2000,00 Euro)

Ausbau regenerativer Energiegewinnung und klimagerechtem Bauen -

Solar auf städtischen Dächern, Grünbedachung etc.: 102.500,00 Euro

Im Rahmen der sparsamen Haushaltsführung und zur finanziellen Sicherung der o.a. Maßnahmen wird festgelegt, dass die Instandhaltung der Toilettenanlage Schleuseninsel (28.000,00 Euro p.a.) bis Ende 2023 ausgesetzt und zunächst abgewartet wird,

wie nach der Hochwasserkatastrophe das Gesamtkonzept Schleuseninsel umzusetzen und mit Fördermitteln – wie sie vom Land signalisiert wurden – zu finanzieren ist. Darüber hinaus wird die freiwillige Förderung des Malz zum 31.12.2021 eingestellt (16.000,00 Euro p.a.).

Die Verwaltung stellt sicher, dass diese finanziellen Mittel zweckgebunden für die o.g. Maßnahmen verwendet werden.

Stellenplan

Darüber hinaus werden für den Stellenplan 2022 4 Planstellen zusätzlich eingerichtet. Die zusätzliche Einrichtung der Stellen folgt dem Ziel, die ausgemachten Handlungsfelder und die daraus resultierenden Ansprüche an die Stadt der Zukunft auf allen Ebenen der kommunalen Selbstverwaltung effizient zu gestalten.

Die Einsparungen im Personaletat, die nach der HSP-Maßnahme für 2022 rd. 2,5 Mio. Euro betragen müssen, erreichen wir bereits jetzt in 2021 mit einer Überkompensation von rd. 1 Mio. Euro auf 3,5 Mio. Euro. Daher wird davon ausgegangen, dass die zusätzliche Einrichtung der oben genannten Stellen nicht zu einer Ausweitung des Personaletats führt, ansonsten wird der Kämmerer gebeten, durch entsprechende Kürzungen im Personaletat die Einhaltung der HSP-Maßnahme sicherzustellen. Entsprechend folgt auch der im Rahmen des Etats verabschiedete Stellenplan dem Anspruch, Personalpolitik nicht als Selbstzweck zu betrachten, sondern diese als einen effektiven Hebel zur Stadtgestaltung zu begreifen und einzusetzen. Um unsere o.g. Zielsetzungen bestmöglich umsetzen zu können, werden im Einzelnen folgende Stelleneinrichtungen vorgenommen:

Es werden zwei Stellen im Stellenplan 2022 für den Bereich des Kommunalen Ordnungsdienstes eingerichtet und eine Fahrradstaffel (6 MA) geschaffen.

Begründung:

Durch ein verändertes Mobilitätsverhalten ist die Kontrolle und Sanktionierung von Ordnungswidrigkeiten deutlich schwieriger geworden. Daher ist es notwendig, den Ordnungsdienst teilweise als Radstaffel (6 MA) einzusetzen. Die entsprechende technische Ausrüstung (E-Bikes) ist dabei Voraussetzung, um die Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Um genügend Präsenz vorzuhalten, ist eine Aufstockung um 2 Planstellen erforderlich, aber auch, um dem immer weiter reduzierten Sozialverhalten gegenüber Ordnungskräften zu begegnen und vor Ort die Sicherheit der kollegialen Ebene des Fachbereichs zu gewährleisten.

Es wird eine Stelle Nahmobilitätsmanagement eingerichtet.

Begründung:

Für die Erreichung der Klimaziele vor Ort ist es erforderlich, eine Stelle für das Nahmobilitätsmanagement einzurichten, damit u.a. bei dem Ausbau der Fuß- und Radwege bereits im Vorfeld bei aktuellen und neuen Baumaßnahmen die Sichtweise des Klimaschutzes berücksichtigt werden kann. Dazu gehört auch sicherzustellen, dass über diese Funktion Fördermittel generiert werden, um finanziell auskömmlich investieren zu können.

Es wird eine Stelle Antidiskriminierung eingerichtet.

Begründung:

Durch die Schaffung einer unabhängigen Anlaufstelle für alle, die von Diskriminierung betroffen sind, wird ein Beitrag dazu geleistet, das grundgesetzlich geschützte Benachteiligungsverbot sicherzustellen.

Antidiskriminierung muss auch bei Institutionen, vor allem bei Strukturen ansetzen, die benachteiligt wirken können. Sie muss die Öffentlichkeit ansprechen, um das Bewusstsein für Antidiskriminierung zu schärfen, um auch Einstellungen zu ändern; nicht zuletzt ist es wichtig, Betroffene zu ermächtigen, sich zu wehren.

Haushaltssanierungsplan:

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen stehen zum Haushaltssanierungsplan und zur Umsetzung der noch mit Beschlüssen zu einer Fortschreibung des Nahverkehrsplans zu konkretisierenden Reduzierung der Aufwendungen um 2 Mio. Euro p.a. ab dem Jahr 2023. Das Verkehrsdezernat hat eine entsprechende Beschlussvorlage für das 1. Halbjahr 2022 angekündigt.

2. Maßnahmen zur Haushaltssicherung

2.1 Liste und Maßnahmeblätter der reduzierten Maßnahmen

| Reduzierung und Streichung bestehender HSP-Maßnahmen | | | | | | | | | | |
|--|---|----------------|--|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|--------------------------------------|---|
| Bei folgenden Maßnahmen aus Vorjahren reduziert sich der Konsolidierungsbeitrag: | | | | | | | | | | |
| HSP-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Haushaltsverbesserung in € (in Klammern die alte Summe aus dem vorangegangenen HSP) | | | | | | Im Ansatz: ja/ nein/ teilw. | Anmerkungen |
| | | | HSP-Ziel 2021 | HSP-Ziel 2022 | HSP-Ziel 2023 | HSP-Ziel 2024 | HSP-Ziel 2025 | HSP-Ziel 2026 | | |
| 123 | Reduzierung des öffentlichen Anteils an der Straßenreinigung | 70 | 310.754 | 290.521 | 290.521 | 290.521 | 290.521 | 290.521 | j | Siehe Maßnahmeblatt. Die jährlichen Mehrerträge werden jeweils im Rahmen der Kalkulation der Gebühren für die Straßenreinigung und den Winterdienst ermittelt. Eine Kompensation erfolgt durch die Erhöhung der HSP-Nr. 142 (siehe Liste der erhöhten Maßnahmen). |
| | | | (310.754) | (296.000) | (300.000) | (296.000) | (296.000) | (296.000) | | |
| 125 | Erhöhung der Gebühren (Baumschutzsatzung) | 70 | 57.230 | 32.000 | 32.000 | 32.000 | 32.000 | 32.000 | j | Da die ursprünglich angenommene Anzahl der Anträge (900 p. a.) sich mittlerweile auf ca. 630 - 660 Anträge reduziert hat, sind die bisherigen Konsolidierungsbeiträge nicht mehr in voller Höhe realisierbar. Eine Kompensation ist bereits im Aufwandsbereich des Fachamtes erfolgt. |
| | | | (57.230) | (58.200) | (58.200) | (58.200) | (58.200) | (58.200) | | |
| 126 | Berücksichtigung des gebührenfähigen Aufwands anderer Ämter bei den Straßenreinigungsgebühren | 70 | 563.636 | 513.636 | 513.636 | 513.636 | 513.636 | 513.636 | j | Siehe Maßnahmeblatt. Die jährlichen Mehrerträge werden jeweils im Rahmen der Kalkulation der Gebühren für die Straßenreinigung und den Winterdienst ermittelt. Eine teilweise Kompensation erfolgt durch die Erhöhung der HSP-Nr. 142 (siehe Liste der erhöhten Maßnahmen). Weitere Kompensationsmöglichkeiten werden geprüft. |
| | | | (563.636) | (563.636) | (563.636) | (563.636) | (563.636) | (563.636) | | |
| 147 | Zusammenführung und Modernisierung der städtischen Bibliotheksdienste im Medienhaus | 41 | 0 | 200.000 | 300.000 | 300.000 | 300.000 | 300.000 | j | Der Rat der Stadt hat die Reduzierung bereits in seiner Sitzung am 01.07.2021 beschlossen (Vorlage V 21/0523-01). Der geänderte HSP-Maßnahmebogen war dieser Vorlage als Anlage beigefügt. |
| | | | (0) | (200.000) | (400.000) | (400.000) | (400.000) | (400.000) | | |
| | Summe | | 931.620 | 1.036.157 | 1.136.157 | 1.136.157 | 1.136.157 | 1.136.157 | | |

| | | | | | | | | |
|---|----------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|--|--|
| Summe Veränderungen zum HSP 2021 | 0 | -81.679 | -185.679 | -181.679 | -181.679 | -181.679 | | |
|---|----------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|--|--|

| Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023 ff. | | | | | | |
|--|-----------|-----------|-----------------------------|-------------------------------------|--------------------|-----------|
| | | | | | HSP-Nr. 123 | |
| Dezernat: | | VI | | Haushaltsplanung 2022/2023 ff. | | |
| Fachbereich: | | Amt 70 | | | | |
| Bezeichnung der Maßnahme: | | | | Produktgr. / Position WiPl.: | | |
| Reduzierung des öffentlichen Anteils an der Straßenreinigung | | | | 12.010 | | |
| | | | | Zeile Ergebnisplan: 04 | | |
| Beschreibung der Maßnahme: | | | | | | |
| <p>Um dem Interesse der Allgemeinheit an der Inanspruchnahme gereinigter Straßen Rechnung zu tragen, muss sich die Kommune an den Kosten der Straßenreinigung beteiligen. Bis 1997 war im § 3 Abs. 1 des Straßenreinigungsgesetzes NW geregelt, dass nur 75 % der Kosten auf die Gebührensschuldner umgelegt werden durften. Nachdem diese Regelung entfallen ist, ist die Höhe des öffentlichen Anteils in das Ermessen der Kommune gestellt. Die Ermessensausübung hat sich an den Besonderheiten der jeweiligen Kommune zu orientieren und zu berücksichtigen, inwieweit die Reinigung der öffentlichen Straßen den Eigentümern oder Erbbauberechtigten der erschlossenen Grundstücke oder der Allgemeinheit zugute kommt. 2010 betrug der öffentliche Anteil in Mülheim an der Ruhr durchschnittlich 21,92 %. Das Amt für Umweltschutz hat inzwischen überprüft, ob die seit 2004 zugrunde gelegten öffentlichen Anteile noch angemessen sind. Die Überprüfung wurde von der INFA – Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management GmbH gutachterlich begleitet. Das Ergebnis ist dem Umweltausschuss am 26.08.2014 vorgestellt worden (V 14/0518-01). Der öffentliche Anteil für die Jahre 2022 ff. wurde mit 20,07 % zu Grunde gelegt.</p> <p>Die jährlichen Mehrerträge werden jeweils im Rahmen der Kalkulation der Gebühren für die Straßeneinigung und den Winterdienst ermittelt.</p> | | | | | | |
| Kosten zur Umsetzung der Maßnahme: | | | | | | |
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| konsumtiv | | | | | | |
| investiv | | | | | | |
| <u>Konsolidierungsbeitrag:</u> | | | | | | |
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| Ertragssteigerung: | 310.754 € | 290.521 € | 290.521 € | 290.521 € | 290.521 € | 290.521 € |
| Aufwandsminderung: | | | | | | |
| Summe: | 310.754 € | 290.521 € | 290.521 € | 290.521 € | 290.521 € | 290.521 € |
| Beschluss notwendig? | | | | | | |
| nein: | | | ja, von... | | | |
| | | | Rat der Stadt am 11.11.2021 | | | |

| Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023 ff. | | | | | | |
|--|----------|----------|-----------------------------|-------------------------------------|----------|----------|
| | | | | HSP-Nr. 125 | | |
| Dezernat: | | VI | | Haushaltsplanung 2022/2023 ff. | | |
| Fachbereich: | | Amt 70 | | | | |
| Bezeichnung der Maßnahme: | | | | Produktgr. / Position WiPl.: | | |
| Erhöhung der Gebühren (Baumschutzsatzung) | | | | 13.010 | | |
| | | | | Zeile Ergebnisplan: 04 | | |
| Beschreibung der Maßnahme: | | | | | | |
| <p>Zu Maßnahmebeginn im Jahre 2012 ist man von folgenden Prämissen ausgegangen: Pro Jahr werden im Schnitt 900 Anträge auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung von den Verboten der Baumschutzsatzung bearbeitet. Pro Antrag wird (gem. Verwaltungsgebührensatzung/ Gebührentarif/ allgemeine Tarifstelle 1.2) eine pauschale Gebühr von 51,13 € erhoben (bei Ablehnungen gem. Landesgebührengesetz 75 %). Gesamteinnahme pro Jahr: rd. 50.000 €. Es verbleibt eine Deckungslücke zu den tatsächlich entstehenden Kosten, die durch eine Erhöhung der Gebühr geschlossen werden soll.</p> <p><u>Stand 2016:</u> Im Jahr 2014 wurde die Gebühr auf 80 € und im Jahr 2016 auf 91 € erhöht. Im Jahr 2016 wurde die Gebührenhöhe überprüft. Die kostendeckende Gebührenhöhe beläuft sich auf 92 €/ Antrag (bei einer Ablehnung auf 69 €).</p> <p>Es wurde festgestellt, dass die ursprünglich angenommene Antragszahl von 900 nicht erreicht wird. Um zukünftig eine Gebührengerechtigkeit zu gewährleisten und zugleich den Ertrag trotz einer reduzierten Antragszahl zu erreichen, wurde ab 2017 eine gestaffelte Gebühr erhoben (steigend je nach der Anzahl der beantragten Bäume um 12 €/ Baum). Für 2017 wurde davon ausgegangen, dass die neuen Konsolidierungsbeiträge erzielt würden (siehe Maßnahmebogen zu HSP-Nr. 125 im Haushaltssanierungsplan 2017 ff.). Aufgrund der zukünftigen Erfahrungswerte mit der neuen Gebührenhöhe und der Entwicklung in Bezug auf die Anzahl der Anträge sollten im Rahmen der zukünftigen Haushaltsplanberatungen konkretere Aussagen zu den Beträgen gemacht werden.</p> <p><u>Stand 2021:</u> Aufgrund der seit 2017 geltenden Gebührenhöhe, die jährlich überprüft wird, stabilisierte sich der Mehrertrag auf 32.000 € p. a. (erzielter Konsolidierungsbeitrag 2020 = 31.780 €). Die für die Zeit ab dem 01.01.2021 beschlossenen Konsolidierungsbeiträge sind aus aktueller Sicht nicht in vollem Umfang realisierbar, zumal die fremdbestimmte Anzahl der Fällanträge Privater auf ca. 630 - 660 Anträge pro Jahr gesunken ist und nicht - wie ursprünglich angenommen - bei 900 liegt. Diese Entwicklung ist anhand des HSP-Controllings des laufenden Jahres nachzuvollziehen. Der reduzierte Konsolidierungsbeitrag ist bereits im Aufwandsbereich des Fachbereiches kompensiert worden.</p> | | | | | | |
| Kosten zur Umsetzung der Maßnahme: | | | | | | |
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| konsumtiv | | | | | | |
| investiv | | | | | | |
| <u>Konsolidierungsbeitrag:</u> | | | | | | |
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| Ertragssteigerung: | 57.230 € | 32.000 € | 32.000 € | 32.000 € | 32.000 € | 32.000 € |
| Aufwandsminderung: | | | | | | |
| Summe: | 57.230 € | 32.000 € | 32.000 € | 32.000 € | 32.000 € | 32.000 € |
| Beschluss notwendig? | | | | | | |
| nein: | | | ja, von... | | | |
| | | | Rat der Stadt am 11.11.2021 | | | |

| Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023 ff. | | | | | | |
|--|-----------|-----------|-----------------------------|---|--------------------|-----------|
| | | | | | HSP-Nr. 126 | |
| Dezernat: | | VI | | Haushaltsplanung 2022/2023 ff. | | |
| Fachbereich: | | Amt 70 | | | | |
| Bezeichnung der Maßnahme: Berücksichtigung des gebührenfähigen Aufwands anderer Ämter bei den Straßenreinigungsgebühren | | | | Produktgr. / Position WiPl.: 12.010 | | |
| | | | | Zeile Ergebnisplan: 04 | | |
| Beschreibung der Maßnahme: | | | | | | |
| <p>Im Zuge der umfassenden Prüfung zur Neufestsetzung des öffentlichen Anteils hat sich herausgestellt, dass die Ämter 66 (Verkehrswesen und Tiefbau), 67 (Grünflächenmanagement und Friedhofswesen) sowie 70-5 (Forstverwaltung) Aufgaben in der Straßenreinigung wahrnehmen. Zu nennen sind hier z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Reinigung/Winterwartung auf Gehwegen an öffentlichen Straßen, zu denen kein reinigungspflichtiger Anlieger herangezogen werden kann • die Reinigung/Winterwartung auf Gehwegen an öffentlichen Straßen entlang städtischer Grünanlagen oder Waldflächen • die Reinigung/Winterwartung von Verkehrsinseln, Straßeneinbauten etc. auf öffentlichen Straßen. Dies sind allerdings keine Anliegerpflichten entsprechend Straßenreinigungsrecht, sondern Aufgaben des Trägers der Straßenreinigung. Mithin sind hier anfallende Kosten auch nicht aus allgemeinen Finanzmitteln, sondern aus dem Gebührenhaushalt zu bestreiten. Hierfür trägt die Stadt u. a. einen öffentlichen Anteil an den Reinigungskosten. Die Straßenreinigungssatzung enthält in § 5 Satz 2 ("Den Kostenanteil, der auf das allgemeine öffentliche Interesse an der Straßenreinigung sowie auf die Reinigung der Straßen oder Straßenteile entfällt, für die eine Gebührenpflicht nicht besteht, trägt die Stadt.") bereits eine entsprechende Regelung, diese ist jedoch bisher nicht vollständig umgesetzt worden. Die Ämter 66, 67 und 70-5 ermitteln ihren Mittelbedarf jährlich neu; die Aufwendungen fließen dann in die jeweilige Gebührekalkulation ein. | | | | | | |
| Kosten zur Umsetzung der Maßnahme: | | | | | | |
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| konsumtiv | | | | | | |
| investiv | | | | | | |
| <u>Konsolidierungsbeitrag:</u> | | | | | | |
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| Ertragssteigerung: | 563.636 € | 513.636 € | 513.636 € | 513.636 € | 513.636 € | 513.636 € |
| Aufwandsminderung: | | | | | | |
| Summe: | 563.636 € | 513.636 € | 513.636 € | 513.636 € | 513.636 € | 513.636 € |
| Beschluss notwendig? | | | | | | |
| nein: | | | ja, von... | | | |
| | | | Rat der Stadt am 11.11.2021 | | | |

| | | | | | | |
|--|------|-----------------------------|-----------|---|--------------------|-----------|
| Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023 ff. | | | | | | |
| | | | | | HSP-Nr. 147 | |
| Dezernat: | | V | | Haushaltsplanung 2022/2023 ff. | | |
| Fachbereich: | | Amt 41 | | | | |
| Bezeichnung der Maßnahme: Zusammenführung und Modernisierung der städtischen Bibliotheksdienste im Medienhaus wird geändert. | | | | Produktgr. / Position WiPl.: 04.500 | | |
| | | | | Zeile Ergebnisplan: 11 | | |
| Beschreibung der Maßnahme: Änderung des HSP-Bogens | | | | | | |
| <p>Der HSP-Bogen wird wie folgt neu gefasst und beschlossen: „Verstärkte Ausrichtung der städtischen Bibliotheksdienste im Medienhaus und Sicherstellung von Öffnungszeiten sowohl für die Medienarbeit als auch für weitere wesentliche Bildungsangebote in den Schul- und Stadtteilbibliotheken. Einsparvolumen 300.000 Euro p. a. ab 2023, 200.000 Euro im Jahr 2022“.</p> | | | | | | |
| Kosten zur Umsetzung der Maßnahme: | | | | | | |
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| konsumtiv | | | | | | |
| investiv | | | | | | |
| <u>Konsolidierungsbeitrag:</u> | | | | | | |
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| Ertragssteigerung: | | | | | | |
| Aufwandsminderung: | | 200.000 € | 300.000 € | 300.000 € | 300.000 € | 300.000 € |
| Summe: | | 200.000 € | 300.000 € | 300.000 € | 300.000 € | 300.000 € |
| Beschluss notwendig? | | | | | | |
| nein: | | ja, von... | | | | |
| | | Rat der Stadt am 01.07.2021 | | | | |

2.2 Liste und Maßnahmeblätter der erhöhten Maßnahmen

| Erhöhung bestehender HSP-Maßnahmen | | | | | | | | | | |
|---|---|----------------|--|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|--------------------------------------|---|
| Bei folgenden Maßnahmen aus Vorjahren erhöht sich der Konsolidierungsbeitrag: | | | | | | | | | | |
| HSP-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Haushaltsverbesserung in € (in Klammern die alte Summe aus dem vorangegangenen HSP) | | | | | | Im Ansatz: ja/ nein/ teilw. | Anmerkungen |
| | | | HSP-Ziel 2021 | HSP-Ziel 2022 | HSP-Ziel 2023 | HSP-Ziel 2024 | HSP-Ziel 2025 | HSP-Ziel 2026 | | |
| 142 | Kalkulatorischer Zinssatz - Aussetzung der Abschmelzung | 70 | 1.180.522 | 1.202.169 | 1.202.169 | 1.202.169 | 1.202.169 | 1.202.169 | 1.202.169 | j Siehe Maßnahmeblatt. Die Berechnung der Konsolidierungsbeiträge erfolgt detailscharf im Rahmen der jährlich zu beschließenden Satzung. Darüber hinaus dient die Erhöhung der Kompensation der Reduzierung der HSP-Nr. 123. |
| | | | (1.180.522) | (1.180.522) | (1.180.522) | (1.180.522) | (1.180.522) | (1.180.522) | (1.180.522) | |
| | Summe | | 1.180.522 | 1.202.169 | 1.202.169 | 1.202.169 | 1.202.169 | 1.202.169 | 1.202.169 | |
| Summe Veränderungen zum HSP 2021 | | | 0 | 21.647 | 21.647 | 21.647 | 21.647 | 21.647 | 21.647 | |

| Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023 ff. | | | | | | |
|--|-------------|-----------------------------|-------------|-------------------------------------|--------------------|-------------|
| | | | | | HSP-Nr. 142 | |
| Dezernat: | | VI | | Haushaltsplanung 2022/2023 ff. | | |
| Fachbereich: | | Amt 70 | | | | |
| Bezeichnung der Maßnahme: | | | | Produktgr. / Position WiPl.: | | |
| Kalkulatorischer Zinssatz - Aussetzung der Abschmelzung | | | | 11.030 | | |
| | | | | Zeile Ergebnisplan: 04 | | |
| Beschreibung der Maßnahme: | | | | | | |
| <p>Durch Ratsbeschluss war bis einschließlich 2017 festgelegt, dass der rechtlich zulässige Aufschlag von 0,5 %-Punkten auf den errechneten Durchschnittszins (kalkulatorischer Zins) nicht erhoben wird. Der Durchschnittszins wird auf der Basis der letzten 50 Jahre gerechnet und vermindert sich daher zurzeit kontinuierlich, da in dem 50-jährigen Berechnungszeitraum jährlich ein Jahr mit Hochzinsphase herausgerechnet und ein Jahr der aktuellen Niedrigzinsjahre hineingerechnet wird. 2018 sank der Durchschnittszins um 0,14 %-Punkte (2019: 0,13 %, 2020: 0,12 %).</p> <p>Mit Blick auf die restriktive Haushaltsführung, die insbesondere für Stärkungspaktkommunen unumgänglich ist, wurde auf Vorschlag des Finanzdezernates diese Regelung für 2021 aufgegeben. Für 2021 wurde somit - ohne Anhebung - sondern nur mit Verzicht auf die Abschmelzung, der Aufschlag von bis zu 0,5 %-Punkten wieder erreicht und ein Konsolidierungsvolumen von rund 1.200.000 € erzielt. Es erfolgte darüber hinaus bereits für 2021 eine leichte Absenkung der Verzinsung von 5,95 % auf 5,92 %, da die Zinsabsenkung die Abschmelzung von 0,5 %-Punkten bereits überschreitet. Für das Jahr 2022 ff. wurde mit einer Verzinsung von nunmehr 5,74 % kalkuliert. Für die zukünftigen Jahre wird mit einer Senkung der kalkulatorischen Zinsen, die auch die im Planungszeitraum reduzierten Defizite berücksichtigt, gerechnet. Dies wird im Rahmen der zukünftig zu beschließenden Satzung detailscharf berechnet.</p> | | | | | | |
| Kosten zur Umsetzung der Maßnahme: | | | | | | |
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| konsumtiv | | | | | | |
| investiv | | | | | | |
| <u>Konsolidierungsbeitrag:</u> | | | | | | |
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| Ertragssteigerung: | 1.180.522 € | 1.202.169 € | 1.202.169 € | 1.202.169 € | 1.202.169 € | 1.202.169 € |
| Aufwandsminderung: | | | | | | |
| Summe: | 1.180.522 € | 1.202.169 € | 1.202.169 € | 1.202.169 € | 1.202.169 € | 1.202.169 € |
| Beschluss notwendig? | | | | | | |
| nein: | | ja, von... | | | | |
| | | Rat der Stadt am 11.11.2021 | | | | |

3. Maßnahmenübersicht zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023ff.

| HSP-Nr. | bisherige HSK-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Teilplanzeile | * Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022 | HSP-Ziel 2021 (EUR) | HSP-Ziel 2022 (EUR) | HSP-Ziel 2023 (EUR) | HSP-Ziel 2024 (EUR) | HSP-Ziel 2025 (EUR) | HSP-Ziel 2026 (EUR) | Anmerkungen |
|---------|-------------------|--|----------------|---------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---|
| 1 | 2 | Ehrengaben bei Jubiläen | R 1 | 16 | 0,08 | 5.500 | 5.500 | 5.500 | 5.500 | 5.500 | 5.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 2 | 14 | Kürzung der Reisekosten von Mandatsträgern | R 1 | 16 | 0,06 | 4.000 | 4.000 | 4.000 | 4.000 | 4.000 | 4.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 3 | 19 | Einsparung der städtpartnerschaftlichen Aktivitäten Sachaufwendungen | R 1 | 16 | 0,45 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 4 | 255 | Reduzierung städtischer Mitgliedsbeiträge | R 2 | 16 | 0,26 | 17.135 | 17.135 | 17.135 | 17.135 | 17.135 | 17.135 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 5 | 36 | Überprüfung der Softwareprodukte auf Notwendigkeit | 10 | 16 | 0,28 | 18.700 | 18.700 | 18.700 | 18.700 | 18.700 | 18.700 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 6 | 217 | Einführung eines neuen Druckerkonzeptes im Technischen Rathaus | 10 | 16 | 0,30 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 7 | 43 | Portoersparnis beim Versenden von Grundsteuerbescheiden | 24 | 16 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die Maßnahme wurde im Rahmen der HSP-Fortschreibung 2021 gestrichen. Kompensation erfolgte durch die Erhöhung der Maßnahmen Nr. 16 u. 140-34. |
| 8 | 44 | Verkürzung der Mahnzeiten - Erhöhung der Erträge aus Mahngebühren | 24 | 07 | 2,39 | 152.500 | 160.000 | 160.000 | 160.000 | 160.000 | 160.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 9 | 47 | Einführung eines kompletten debitorischen und kreditorischen Workflows mit einer zusätzlichen Entwicklung hin zum papierlosen Büro | 24 | 11 | 0,50 | 33.100 | 33.100 | 33.100 | 33.100 | 33.100 | 33.100 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 10 | 48 | Reduzierung von Beratungskosten um 20 % | 24 | 16 | 0,87 | 58.000 | 58.000 | 58.000 | 58.000 | 58.000 | 58.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 11 | 74 | Ausschüttung MEG | 24 MEG | 19 | 4,16 | 277.950 | 277.950 | 277.950 | 277.950 | 277.950 | 277.950 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 12 | 49 | Überprüfung und Optimierung der Energieverträge zur Senkung der jährlichen Energiekosten | 26 | 13 | 13,46 | 900.000 | 900.000 | 900.000 | 900.000 | 900.000 | 900.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 13 | 50 | Einbau von moderner Technologie und Sanierung von Gebäuden zur nachhaltigen Energieeinsparung | 26 | 13 | 3,37 | 225.000 | 225.000 | 225.000 | 225.000 | 225.000 | 225.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 14 | 51 | Energieeinsparungen durch Informationen und Schulungen zur Verbesserung des Nutzerverhaltens | 26 | 13 | 2,09 | 140.000 | 140.000 | 140.000 | 140.000 | 140.000 | 140.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 15 | 52 | Veränderung der Hausmeisterdienste in Schulen | 26 | 11 | 4,49 | 300.000 | 300.000 | 300.000 | 300.000 | 300.000 | 300.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 16 | 53 | Veränderung der Kostensätze der Benutzungs- und Entgeltordnung für Schulen | 26 | 05 | 0,45 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021. Aufgrund der Neukalkulation der Vermietungspreise konnten die Konsolidierungsbeiträge angehoben werden. Die Erhöhung dient zur (antiligen) Kompensation der gestrichenen Maßnahme Nr. 7. |
| 17 | 54 | Aufgabe der Rufbereitschaft durch eigenes Personal | 26 | 13 | 0,60 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 18 | 55 | Begrenzung der Wegstreckenentschädigung im Bereich Objektcenter und Planungsteam | 26 | 11, 16 | 0,22 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 19 | 56 | Weitere Optimierung des Vermögensbestandes | 26 | 07 | 7,48 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017. Die Maßnahme wurde durch die neue HSP-Nr. 140-13 ergänzt (siehe dazu auch Maßnahmeblatt im HSP 2018). Beide Maßnahmen sind im Zusammenhang zu betrachten. |

3. Maßnahmenübersicht zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023ff.

| HSP-Nr. | bisherige HSK-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Teilplanzeile | * Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022 | HSP-Ziel 2021 (EUR) | HSP-Ziel 2022 (EUR) | HSP-Ziel 2023 (EUR) | HSP-Ziel 2024 (EUR) | HSP-Ziel 2025 (EUR) | HSP-Ziel 2026 (EUR) | Anmerkungen |
|---------|-------------------|---|------------------|---------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|--|
| 20 | 57 | Optimierung der Immobilienbewirtschaftung und -nutzung | 26 | 13, 16 | 6,73 | 450.000 | 450.000 | 450.000 | 450.000 | 450.000 | 450.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 21 | 58/221 | Optimierung der Unterhaltsreinigung aller städtischen Gebäude | 26 | 13 | 20,19 | 1.250.000 | 1.350.000 | 1.350.000 | 1.350.000 | 1.350.000 | 1.350.000 | Mit Maßnahme 221 (alt) zusammengefasst |
| 22 | 59 | Reduzierung der Anlegestellten Ruhrschiffahrt | BtMH | 15 | 0,13 | 9.000 | 9.000 | 9.000 | 9.000 | 9.000 | 9.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 23 | 61 | Erhöhung des Fahrpreises (Ruhrschiffahrt) | BtMH | 15 | 0,60 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 24 | 62 | Reduzierung der Betreiberentgelte für das Wasserkraftwerk | BtMH | 15 | 0,90 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 25 | 63 | Dynamisierung der Hafentarife | BtMH | 15 | 0,90 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 26 | 64 | Optimierung von Wartungsaktivitäten | BtMH | 15 | 0,15 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 27 | 65 | Kooperation Hafenbetrieb | BtMH | 15 | 0,07 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 28 | 66 | Erhöhung des Hafentarifs | BtMH | 15 | 1,65 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 29 | 67 | Hafenbahn | BtMH | 15 | 0,07 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 30 | 68 | Ruhrflotte | BtMH | 15 | 0,04 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 31 | 222 | Auslastungsverbesserung des Linienverkehrs und Ausweitung des Charterangebotes der Weißen Flotte | BtMH | 15 | 0,15 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 32 | 223 | Sponsoring und Verstärkung der Zusammenarbeit mit Dritten für die Weiße Flotte | BtMH | 15 | 0,90 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 33 | 249 | Defizitreduzierung in der Sparte "Tiefgaragen" | BtMH | 15 | 1,50 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 34 | 71 | Reduzierung von Zinsaufwendungen durch verbessertes "Banken-Rating" | BHM BtMH | 15 | 4,79 | 320.000 | 320.000 | 320.000 | 320.000 | 320.000 | 320.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 35 | 209 | Reorganisationsprozess BtMH | BHM BtMH | 15 | 3,29 | 220.000 | 220.000 | 220.000 | 220.000 | 220.000 | 220.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 36 | 198 | (Unterjährige) Erlös- und Kostenoptimierung der BHM-Gesellschaften | BHM | 15 | 9,72 | 650.000 | 650.000 | 650.000 | 650.000 | 650.000 | 650.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 37 | 199 | a) Angebotserbringung im ÖPNV (Optimierung Straßenbahn), b) Kosten- und Erlösoptimierung MVG sowie c) Umsetzung des Nahverkehrsplanes | BHM MVG 66 | 15 | 89,75 | 6.000.000 | 6.000.000 | 6.000.000 | 6.000.000 | 6.000.000 | 6.000.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 38 | 200 | Ausschüttung SWB | BHM SWB | 15 | 7,48 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |

3. Maßnahmenübersicht zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023ff.

| HSP-Nr. | bisherige HSK-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Teilplanzeile | * Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022 | HSP-Ziel 2021 (EUR) | HSP-Ziel 2022 (EUR) | HSP-Ziel 2023 (EUR) | HSP-Ziel 2024 (EUR) | HSP-Ziel 2025 (EUR) | HSP-Ziel 2026 (EUR) | Anmerkungen |
|---------|-------------------|--|----------------|---------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---|
| 39 | 224 | Konsolidierungsmaßnahmen der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften | BHM | 15 | 2,24 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 40 | 77 | Pauschale Kürzung der allgemeinen Fortbildung um 20% | 11 | 16 | 0,70 | 47.000 | 47.000 | 47.000 | 47.000 | 47.000 | 47.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 41 | 78 | Förderung der Entgeltumwandlung | 11 | 11 | 0,03 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 42 | 80 | Reduzierung der Aufwendungen für Strategien und Projekte | 11 | 11 | 1,79 | 120.000 | 120.000 | 120.000 | 120.000 | 120.000 | 120.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 43 | 208 | Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Beihilfe | 11 | 11 | 0,39 | 26.100 | 26.100 | 26.100 | 26.100 | 26.100 | 26.100 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 44 | 12 | Digitale Gremienarbeit | 30 | 28 | 0,48 | 31.900 | 31.900 | 37.500 | 37.500 | 37.500 | 37.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021. Die investiven Kosten haben sich geändert. |
| 45 | 18 | Kürzung der Verfügungsmittel der Bezirksvertretungen | 30 | 16 | 0,29 | 19.200 | 19.200 | 19.200 | 19.200 | 19.200 | 19.200 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 46 | 22 | Kürzung von Zuschüssen an ausländische Vereine und Verbände | 30 | 15 | 0,08 | 5.300 | 5.300 | 5.300 | 5.300 | 5.300 | 5.300 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 47 | 90 | Standardreduzierung bei Ehrungen | 32 | 11 | 0,37 | 25.000 | 25.000 | 25.000 | 25.000 | 25.000 | 25.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 48 | 91 | Standardreduzierung Fundbüro | 32 | 11 | 0,47 | 31.200 | 31.200 | 31.200 | 31.200 | 31.200 | 31.200 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 49 | 92 | Mobile Geschwindigkeitsüberwachung | 32 | 07 | 0,56 | 37.400 | 37.400 | 37.400 | 37.400 | 37.400 | 37.400 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 50 | 93 | Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung | 32 | 07 | 7,48 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 51 | 94 | Reduzierung der Routinekontrollen im Bereich Schwarzarbeit | 32 | 11 | 0,45 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 52 | 95 | Privatisierung Tierheim | 32 | 04 | 0,07 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 53 | 96 | Wochenendrufbereitschaft | 32 | 11 | 0,15 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 54 | 97 | Einnahmeerhöhung durch Festlegung von Bußgeldern | 32 | 07 | 0,02 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 55 | 226 | Überwachung von Verkehrsverstößen an Lichtzeichenanlagen | 32 | 07 | 0,71 | 44.000 | 47.500 | 47.500 | 47.500 | 47.500 | 47.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 56 | 229 | Onlineversteigerung von Fundsachen | 32 | 05 | 0,01 | 500 | 500 | 500 | 500 | 500 | 500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 57 | 102 | Werbung im Bürgeramt | 33 | 05 | 0,03 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 58 | 103 | Ausbildung "Feuerwehr" für Dritte intensivieren | 37 | 05 | 0,46 | 0 | 30.800 | 0 | 30.800 | 0 | 30.800 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |

3. Maßnahmenübersicht zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023ff.

| HSP-Nr. | bisherige HSK-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Teilplanzeile | * Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022 | HSP-Ziel 2021 (EUR) | HSP-Ziel 2022 (EUR) | HSP-Ziel 2023 (EUR) | HSP-Ziel 2024 (EUR) | HSP-Ziel 2025 (EUR) | HSP-Ziel 2026 (EUR) | Anmerkungen |
|---------|-------------------|---|----------------|---------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|--|
| 59 | 105 | Streckung des Aufbaus der Freiwilligen Feuerwehr | 37 | 16 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die Maßnahme wurde im Rahmen der HSP-Fortschreibung 2021 gestrichen. Kompensation erfolgte durch die Erhöhung der Maßnahme Nr. 140-34. |
| 60 | 216 | Nutzung von Schulungsräumen der Hauptfeuerwache | 37 | 05 | 0,03 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 61 | 233 | Einsparungen aus dem Gesamtvolumen des Sozialleistungstableaus | R 5 | 15 | 3,74 | 250.000 | 250.000 | 250.000 | 250.000 | 250.000 | 250.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 62 | 123-3- | Raumoptimierung bei öffentlichen Konzerten | 41 | 16 | 0,30 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 63 | 123-5- | Einführung eines zusätzlichen Entgeltes für nicht in Mülheim wohnende Schüler/innen | 41 | 05 | 0,04 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 64 | 123-9- | Aufgabe der Fahrbücherei (Bücherbus) | 41 | 11, 13 | 2,84 | 190.000 | 190.000 | 190.000 | 190.000 | 190.000 | 190.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 65 | 123-12- | Aufwandsreduzierungen bei den Mülheimer Kinderliteraturtagen | 41 | 13 | 0,13 | 9.000 | 9.000 | 9.000 | 9.000 | 9.000 | 9.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 66 | 123-13- | Erhöhung des Entgeltaufkommens | 41 | 05 | 1,06 | 71.000 | 71.000 | 71.000 | 71.000 | 71.000 | 71.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 67 | 123-15- | Erhöhung des Gebührenaufkommens | 41 | 04 | 0,03 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 68 | 123-17- | Reduzierung der Wechsellausstellungen und Veranstaltungen | 41 | 13 | 0,30 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | 20.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 69 | 123-20- | Bürgerschaftliche Beteiligung am Programm | 41 | 07 | 0,03 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 70 | 123-21- | Modifizierung der Kooperation "KULTUR.GUT" | 41 | 15 | 0,75 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 71 | 123-22- | Reduzierung im Bereich "Stücke" | 41 | 05, 13 | 1,05 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 72 | 123-23- | Raumoptimierung | 41 | 13 | 0,75 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 73 | 123-24- | Reduzierung der Veranstaltungsnebenkosten | 41 | 13 | 0,22 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 74 | 123-25- | Kostenreduzierung bei den Sinfoniekonzerten | 41 | 13 | 0,22 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 75 | 230 | Kooperationen und Synergien in den Bereichen Theater an der Ruhr / Ringlokschuppen / Stücke | 41 | 16 | 2,24 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 76 | 123-7- | Erhöhung des Deckungsbeitrages durch Entgelterhöhung und Akquirierung von Auftragsmaßnahmen | 45 | 05 | 1,65 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 77 | 123-8- | Vermietung freier Raumkapazitäten | 45 | 05 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die Maßnahme wurde im Rahmen der HSP-Fortschreibung 2020 gestrichen. Kompensation erfolgte durch die Erhöhung der Maßnahme Nr. 116. |
| 78 | 109 | Reduzierung des Einrichtungs- und Ausstattungsstandards der Mülheimer Schulen | 45 | 13 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die Maßnahme wurde im Rahmen der HSP-Fortschreibung 2020 gestrichen. Kompensation erfolgte durch die Erhöhung der Maßnahme Nr. 116. |

3. Maßnahmenübersicht zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023ff.

| HSP-Nr. | bisherige HSK-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Teilplanzeile | * Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022 | HSP-Ziel 2021 (EUR) | HSP-Ziel 2022 (EUR) | HSP-Ziel 2023 (EUR) | HSP-Ziel 2024 (EUR) | HSP-Ziel 2025 (EUR) | HSP-Ziel 2026 (EUR) | Anmerkungen |
|---------|-------------------|---|----------------|---------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---|
| 79 | 110 | Budgetreduzierung Ferienfreizeiten und Ferienspiele | 45 | 13 | 0,46 | 31.000 | 31.000 | 31.000 | 31.000 | 31.000 | 31.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 80 | 111 | Reduzierung Zuschüsse für die Jugendarbeit | 45 | 15 | 0,06 | 3.700 | 3.700 | 3.700 | 3.700 | 3.700 | 3.700 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 81 | 112 | Zuschussreduzierung Jugendstadtrat | 45 | 13 | 0,02 | 1.600 | 1.600 | 1.600 | 1.600 | 1.600 | 1.600 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 82 | 113 | Teilnehmerbeiträge bei Ferienspielen erhöhen | 45 | 05 | 0,15 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 83 | 115 | Reduzierung der Ersatzbeschaffungen in der Offenen Ganztagschule (z. B. Möbel etc.) | 45 | 13 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die Maßnahme wurde im Rahmen der HSP-Fortschreibung 2018 gestrichen. Kompensation erfolgte durch die neue Maßnahme 141 (siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018). |
| 84 | 116 | Reduzierung des Personalschlüssels in der Offenen Ganztagschule | 45 | 13 | 4,84 | 323.400 | 323.400 | 323.400 | 323.400 | 323.400 | 323.400 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 85 | 117 | Abbau von Schulgebäudekapazitäten im Rahmen der Bildungsentwicklungsplanung | 45 | 28 | 3,28 | 219.000 | 219.000 | 219.000 | 219.000 | 219.000 | 219.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 86 | 119 | Kapitalisierung von 0,1 Lehrerstellenanteile OGS | 45 | 02 | 9,27 | 620.000 | 620.000 | 620.000 | 620.000 | 620.000 | 620.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 87 | 203 | Einsatz von zwei Pflegefachkräften zur Forcierung ambulanter Hilfen | 50 | 15 | 1,65 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 88 | 129 | Erhebung von Nutzungsgebühren/Energiekostenbeiträge für den Übungsbetrieb und Veranstaltungen der Vereine | 52 | 05 | 1,38 | 92.000 | 92.000 | 92.000 | 92.000 | 92.000 | 92.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 89 | 130 | Erhöhung der Miet- und Pachtkosten | 52 | 05 | 0,07 | 4.900 | 4.900 | 4.900 | 4.900 | 4.900 | 4.900 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 90 | 131 | Reduzierung des Reinigungsstandards | 52 | 11 | 0,61 | 40.600 | 40.600 | 40.600 | 40.600 | 40.600 | 40.600 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 91 | 133 | Erhöhung der Bädergebühren | 52 | 04 | 0,54 | 36.000 | 36.000 | 36.000 | 36.000 | 36.000 | 36.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 92 | 134 | Wegfall der Hausaufsicht beim Schulschwimmen | 52 | 11 | 0,96 | 64.000 | 64.000 | 64.000 | 64.000 | 64.000 | 64.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 93 | 135 | Kürzung Zuschuss Sportentwicklungsplanung | 52 | 15 | 0,75 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 94 | 136 | Kürzung Zuschüsse an Vereine | 52 | 15 | 0,16 | 11.000 | 11.000 | 11.000 | 11.000 | 11.000 | 11.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 95 | 137 | Kürzung Beihilfen Sportförderung | 52 | 15 | 0,01 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 96 | 204 | Gebührenerhöhung für Belehrungen in der Lebensmittelbranche | 53 | 04 | 0,07 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 97 | 234 | Aufgabe der drogenmedizinischen Ambulanz | 53 | 11, 13, 15 | 3,39 | 226.500 | 226.500 | 226.500 | 226.500 | 226.500 | 226.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 98 | 235 | Steigerung der Gebühreinnahmen für medizinische Begutachtungen, Beratungen | 53 | 04 | 0,03 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |

3. Maßnahmenübersicht zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023ff.

| HSP-Nr. | bisherige HSK-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Teilplanzeile | * Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022 | HSP-Ziel 2021 (EUR) | HSP-Ziel 2022 (EUR) | HSP-Ziel 2023 (EUR) | HSP-Ziel 2024 (EUR) | HSP-Ziel 2025 (EUR) | HSP-Ziel 2026 (EUR) | Anmerkungen |
|---------|-------------------|---|----------------|---------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|--|
| 99 | 236 | Steigerung der Gebühreneinnahmen für Infektionsschutz, Hygieneüberwachung und Umwelthygiene | 53 | 04 | 0,10 | 6.400 | 6.400 | 6.400 | 6.400 | 6.400 | 6.400 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 100 | 143 | Verzicht auf Bekanntmachungen in der Tagespresse | 61 | 16 | 0,03 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 101 | 144 | Verzicht auf den Gestaltungsbeitrag | 61 | 16 | 0,01 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 102 | 145 | Reduktion (der Vergabe) städtebaulicher Entwürfe | 61 | 13 | 0,07 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 103 | 146 | Reduktion (der Vergabe) von Rahmenplanungen | 61 | 13 | 0,04 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 104 | 147 | Übertragung von Kosten für notwendige Gutachten auf die Planungsbegünstigten | 61 | 13 | 0,75 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 105 | 148 | Konsequente Anwendung des § 13a BauGB | 61 | 13 | 0,09 | 6.000 | 6.000 | 6.000 | 6.000 | 6.000 | 6.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 106 | 149 | Erhöhung der Verwaltungskostenpauschale bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen | 61 | 04 | 0,22 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 107 | 150 | Fallpauschale für nicht eingereichte aber vorab abgestimmte vorhabenbezogene Bebauungspläne | 61 | 04 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die Maßnahme wurde im Rahmen der HSP-Fortschreibung 2020 gestrichen. Kompensation erfolgt durch die Erhöhung der Maßnahme Nr. 116. |
| 108 | 151 | Verwaltungspauschale RFNP / FNP (regionaler Flächennutzungsplan / Flächennutzungsplan) | 61 | 04 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die Maßnahme wurde im Rahmen der HSP-Fortschreibung 2020 gestrichen. Kompensation erfolgt durch die Erhöhung der Maßnahme Nr. 116. |
| 109 | 152 | Streichen des städt. Zuschusses im Rahmen der Denkmalpflege in der Siedlung Heimaterde | 61 | 15 | 0,40 | 27.000 | 27.000 | 27.000 | 27.000 | 27.000 | 27.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 110 | 153 | Streichen des städt. Zuschusses im Rahmen der Denkmalpflege (sog. "Stadtspauschale") | 61 | 15 | 0,22 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 111 | 156 | Erhöhung der Gebühren für die Abgabe städt. Höhenpunkte | 62 | 04 | 0,02 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 112 | 238 | Gebührenerhöhung für die Ausstellung von Vorkaufsrechtsbescheinigungen | 62 | 04 | 0,31 | 21.000 | 21.000 | 21.000 | 21.000 | 21.000 | 21.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 113 | 157 | Erhöhung des Ertrages "Aktivierung von Eigenleistungen" (EL 1) | 66 | 08 | 7,48 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 114 | 158 | Erhöhung des Ertrages "Aktivierung von Eigenleistungen" (EL 2) | 66 | 08 | 2,99 | 200.000 | 200.000 | 200.000 | 200.000 | 200.000 | 200.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 115 | 159 | Investive Verbuchung von Straßendeckenüberzügen | 66 | 13 | 5,98 | 400.000 | 400.000 | 400.000 | 400.000 | 400.000 | 400.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 116 | 160 | Optimierung der Straßenbeleuchtung | 66 | 13 | 2,70 | 180.260 | 180.260 | 180.260 | 180.260 | 180.260 | 180.260 | Siehe Maßnahmeblatt in HSP 2020. Die Erhöhung dient zur Kompensation für die gestrichenen Maßnahmen 77, 78, 107 und 108. |
| 117 | 164 | Erhöhung der Tiefgaragenpacht TG Wertgasse | 66 | 04 | 0,04 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 118 | 165 | Reduzierung konsumtiver Maßnahmen aus dem Straßenbauprogramm | 66 | 13 | 7,48 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |

3. Maßnahmenübersicht zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023ff.

| HSP-Nr. | bisherige HSK-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Teilplanzeile | * Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022 | HSP-Ziel 2021 (EUR) | HSP-Ziel 2022 (EUR) | HSP-Ziel 2023 (EUR) | HSP-Ziel 2024 (EUR) | HSP-Ziel 2025 (EUR) | HSP-Ziel 2026 (EUR) | Anmerkungen |
|---------|-------------------|---|----------------|---------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|--|
| 119 | 239 | Veränderungen in der Parkraumbewirtschaftung | 66 | 04 | 10,89 | 728.000 | 728.000 | 728.000 | 728.000 | 728.000 | 728.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 120 | 256 | Sondernutzungsgebühren im Zuge von Ver- und Entsorgungsleitungsverlegungen | 66 | 04 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die Maßnahme wurde im Rahmen der HSP-Fortschreibung 2019 gestrichen. Kompensation erfolgte durch die Erhöhung der Maßnahme Nr. 126. |
| 121 | 173 | Verzicht auf die Hundetoiletten in Grünanlagen | 67 | 13 | 0,15 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 122 | 175 | Erhöhung der Kleingartenpacht | 70 | 05 | 0,45 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 123 | 176 | Reduzierung des öffentlichen Anteils an der Straßenreinigung | 70 | 04 | 4,35 | 310.754 | 290.521 | 290.521 | 290.521 | 290.521 | 290.521 | Siehe Maßnahmeblatt. Die Konsolidierungsbeiträge werden jeweils im Rahmen der Gebührenkalkulation ermittelt. Eine Kompensation erfolgt durch die Erhöhung der Maßnahme 142. |
| 124 | 177 | Jagdverpachtung Uhlenhorst | 70 | 05 | 0,13 | 8.600 | 8.600 | 8.600 | 8.600 | 8.600 | 8.600 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 125 | 242 | Erhöhung der Gebühren (Baumschutzsatzung) | 70 | 04 | 0,48 | 57.230 | 32.000 | 32.000 | 32.000 | 32.000 | 32.000 | Siehe Maßnahmeblatt. Der ursprünglich beschlossene Konsolidierungsbeitrag ist nicht in voller Höhe realisierbar. Eine Kompensation wurde bereits an anderer Stelle im Fachbereich erbracht. |
| 126 | 252 | Berücksichtigung des gebührenfähigen Aufwands anderer Ämter bei den Straßenreinigungsgebühren | 70 | 04 | 7,68 | 563.636 | 513.636 | 513.636 | 513.636 | 513.636 | 513.636 | Siehe Maßnahmeblatt. Die jährlichen Mehrerträge werden jeweils im Rahmen der Gebührenkalkulation ermittelt. Eine teilweise Kompensation erfolgt durch Erhöhung der Maßnahme Nr. 142. |
| 127 | 187 | Zinsaufwandsreduzierungen durch nicht benötigte Kredite aufgrund der HSP-Maßnahmen | allg. Finw | 20 | 37,39 | 2.500.000 | 2.500.000 | 2.500.000 | 2.500.000 | 2.500.000 | 2.500.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021. Die Zinsersparnis reduzierte sich entsprechend dem Zinsmarkt. |
| 128 | 193 | Beteiligung der Sparkasse am Haushaltskonsolidierungsprozess | allg. Finw | 07 | 7,48 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 129 | 243 | Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer | allg. Finw | 01 | 396,58 | 25.500.000 | 26.513.000 | 26.513.000 | 26.513.000 | 26.513.000 | 26.513.000 | Erhöhung für die Jahre 2018 und 2019 auf 550 % und ab dem Jahr 2020 auf 580 % |
| 130 | 244 | Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B | allg. Finw | 01 | 120,98 | 8.088.000 | 8.088.000 | 8.088.000 | 8.088.000 | 8.088.000 | 8.088.000 | Erhöhung ab 2019 auf 700 % |
| 131 | 254 | Einmalige Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B um zusätzliche 50 % Punkte | allg. Finw | 01 | 50,78 | 3.385.000 | 3.395.000 | 3.405.000 | 3.420.000 | 3.420.000 | 3.420.000 | Umgesetzt seit 2015 (Erhöhung auf 640 %) |
| 132 | 245 | Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer A | allg. Finw | 01 | 0,14 | 9.500 | 9.500 | 9.500 | 9.500 | 9.500 | 9.500 | Erhöhung ab 2013 auf 265 % |
| 133 | 246 | Erhöhung des Steuersatzes im Rahmen der Vergnügungssteuersatzung (Spielgerätesteuern) | allg. Finw | 01 | 16,27 | 1.088.000 | 1.088.000 | 1.088.000 | 1.088.000 | 1.088.000 | 1.088.000 | Erhöhung nicht erst ab 2018 auf 22 %, sondern bereits ab 2017 auf 24 % |
| 134 | 253 | Besteuerung von Wettbüros | allg. Finw | 01 | 0,90 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | Eingeführt ab 2015 |
| 135 | 247 | Einführung einer Zweitwohnungssteuer von 12 % ab 2013 ff. | allg. Finw | 01 | 2,09 | 140.000 | 140.000 | 140.000 | 140.000 | 140.000 | 140.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 136 | 189 | Pauschale Kürzung der fachspezifischen Fortbildung um 20% | alle | 16 | 2,42 | 161.800 | 161.800 | 161.800 | 161.800 | 161.800 | 161.800 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |

3. Maßnahmenübersicht zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023ff.

| HSP-Nr. | bisherige HSK-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Teilplanzeile | * Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022 | HSP-Ziel 2021 (EUR) | HSP-Ziel 2022 (EUR) | HSP-Ziel 2023 (EUR) | HSP-Ziel 2024 (EUR) | HSP-Ziel 2025 (EUR) | HSP-Ziel 2026 (EUR) | Anmerkungen |
|---------|-------------------|--|----------------|---------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|--|
| 137 | 190 | Kürzung der Reisekosten | alle | 16 | 0,27 | 18.000 | 18.000 | 18.000 | 18.000 | 18.000 | 18.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 138 | 191 | Reduzierung von Arbeitsplatzkosten durch Stelleneinsparungen | alle | 13 | 4,66 | 311.462 | 311.462 | 311.462 | 311.462 | 311.462 | 311.462 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017 |
| 139 | keine | Personalaufwandsreduzierung | 11 | 11 | 68,81 | 4.600.000 | 4.600.000 | 4.600.000 | 4.600.000 | 4.600.000 | 4.600.000 | Dies ist die Restsumme aus dem Gesamteinsparkonzept des Strategiefeldes Personal aus dem Jahr 2010. Angestrebt wurde eine Gesamteinsparung von 16,5 Mio. €, noch zu erzielen waren im HSP für die Jahre 2016 - 2018 4,6 Mio. €. In 2016 konnte eine Einsparung von 2,5 Mio. € erzielt werden. Für 2017 war eine Einsparung von 1,4 Mio. € und für 2018 von 0,7 Mio. € eingeplant. Die beiden Beträge in einer Gesamthöhe von 2,1 Mio. € konnten aber bereits in 2017 realisiert werden. Über den Stand der Umsetzung wird regelmäßig berichtet. |
| 140 | 257 | Einsparvorgabe für Aufgabenkritikverfahren | 11 | 07 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2017. Es waren ursprünglich folgende Einsparbeträge pauschal geplant: 2018 = 1,5 Mio. €, 2019 = 3,0 Mio. €, ab 2020 = 5,0 Mio. €. Diese Beträge wurden durch die neuen, aus der GPA-Untersuchung resultierenden Maßnahmen 140-1 bis 140-45 konkretisiert. Daraus ergaben sich folgende Einsparbeträge: 2018 = 1.074.517 €, 2019 = 2.540.514 €, ab 2020 ≥ 3.465.404 €. Die Differenz zu den o. g. Pauschalbeträgen wurde durch die beiden Maßnahmen 142 und 143 erzielt. Danach ergaben sich in Summe folgende Beträge: 2018 = 1.625.694 €, 2019 = 3.542.868 €, ab 2020 ≥ 5.068.935 €. Somit sind die ursprünglichen Pauschalbeträge der Maßnahme 140 in Gänze konkretisiert; es werden hier seit 2018 0,- € ausgewiesen. |
| 140-1 | keine | Wegfall der Stelle des Fotografen | R 1 | 11 | 0,45 | 0 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-2 | keine | Kürzung beim Personal des Referates I | R 1 | 11 | 0,64 | 42.800 | 42.800 | 42.800 | 42.800 | 42.800 | 42.800 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-3 | keine | Teamleitung Insolvenzen, Immobiliervollstreckung aufgeben | 24 | 11 | 0,12 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018; keine Stellenreduzierung, ausschließlich Personalaufwandsminderung. |
| 140-4 | keine | Medienbruch bei Amtshilfe beseitigen | 24 | 11 | 0,15 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-5 | keine | Einführung elektronischer Rechnungsbearbeitung | 24 | 16 | 0,15 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018; Minderung beim Sachaufwand. |
| 140-6 | keine | 4-Augen-Prinzip in der Finanzbuchhaltung aufgeben | 24 | 11 | 0,49 | 32.450 | 32.450 | 32.450 | 32.450 | 32.450 | 32.450 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-7 | keine | Reduzierung der Vorzimmerstellen | 24 | 11 | 0,07 | 4.527 | 4.527 | 4.527 | 4.527 | 4.527 | 4.527 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-8 | keine | Erneuerung der Klassenraumbelichtung | 26 | 13 | 1,71 | 114.500 | 114.500 | 114.500 | 114.500 | 114.500 | 114.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-9 | keine | Einsparungen bei den Energie- und Betriebskosten, Schaffung eines Anreizsystems der Betriebskosteneinsparungen in den Kindertageseinrichtungen | 26 | 13 | 0,12 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-10 | keine | Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Beleuchtungssysteme in städtischen Kindertageseinrichtungen und ggf. Umrüstung | 26 | 13 | 0,22 | 14.725 | 14.725 | 14.725 | 14.725 | 14.725 | 14.725 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-11 | keine | LED-Ausstattung in den Turnhallen | 26 | 13 | 1,68 | 112.631 | 112.631 | 112.631 | 112.631 | 112.631 | 112.631 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |

3. Maßnahmenübersicht zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023ff.

| HSP-Nr. | bisherige HSK-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Teilplanzeile | * Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022 | HSP-Ziel 2021 (EUR) | HSP-Ziel 2022 (EUR) | HSP-Ziel 2023 (EUR) | HSP-Ziel 2024 (EUR) | HSP-Ziel 2025 (EUR) | HSP-Ziel 2026 (EUR) | Anmerkungen |
|---------|-------------------|---|----------------|---------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|--|
| 140-12 | keine | Weitergehende Konsolidierung der Reinigung | 26 | 13 | -0,75 | -50.000 | -50.000 | 300.000 | 300.000 | 300.000 | 300.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-13 | keine | Veräußerung von Grundstücken | 26 | 07 | 7,48 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018; durch diese Maßnahme wurde die bereits bestehende HSP-Nr. 19 ergänzt. Beide Maßnahmen sind im Zusammenhang zu betrachten. |
| 140-14 | keine | Einsparungen bei externen Ausschreibungen von Stellen | 11 | 16 | 0,07 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 5.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-15 | keine | Organisationsoptimierung bei Stellenausschreibungen | 11 | 11 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 9.800 | 23.520 | 23.520 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-16 | keine | Organisatorische Veränderungen im Sachgebiet "Sozialkasse" | 11 | 11 | 1,29 | 86.000 | 86.000 | 86.000 | 86.000 | 86.000 | 86.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-17 | keine | Einsparungen bei den Sachbearbeiter-Stellen "Strategien und Projekte" | 11 | 11 | 1,46 | 9.610 | 97.701 | 105.710 | 105.710 | 105.710 | 105.710 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-18 | keine | Stellenbewertungen beim Personal des Personal- und Organisationsamtes überprüfen | 11 | 11 | 0,19 | 12.600 | 12.600 | 12.600 | 12.600 | 14.280 | 22.700 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018; keine Stellenreduzierung, ausschließlich Personalaufwandsminderung. |
| 140-19 | keine | Stelleneinsparungen in der Geschäftsstelle des Personalrates | PR | 11 | 2,05 | 136.900 | 136.900 | 136.900 | 136.900 | 136.900 | 136.900 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-20 | keine | Neugliederung des Abstimmungsgebietes bei Bürgerentscheiden | 30 | 13, 16 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-21 | keine | Stelle Integrationsrat | 30 | 11 | 0,00 | 0 | 0 | 46.260 | 46.260 | 46.260 | 46.260 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-22 | keine | Zusammenlegung von Ausschüssen | 30 | 16 | 0,22 | 14.500 | 14.500 | 14.500 | 14.500 | 14.500 | 14.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-23 | keine | Steigerung der Erträge durch Beschaffung einer weiteren teilmobilen Geschwindigkeitsmessanlage | 32 | 07 | 0,45 | 40.000 | 30.000 | 30.000 | 20.000 | 20.000 | 10.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-24 | keine | Reduzierung der Stellenanteile für die Gruppenleitungen | 32 | 11 | 0,41 | 27.720 | 27.720 | 27.720 | 27.720 | 27.720 | 27.720 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-25 | keine | Personalreduzierung in der Sachbearbeitung für die Bußgeldverfahren ruhender Verkehr (Innendienst) | 32 | 11 | 1,06 | 71.090 | 71.090 | 71.090 | 71.090 | 71.090 | 71.090 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-26 | keine | Personalreduzierung in der Sachbearbeitung für die Bußgeldverfahren fließender Verkehr (Innendienst) | 32 | 07, 11 | 0,41 | 27.494 | 27.494 | 27.494 | 27.494 | 27.494 | 27.494 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-27 | keine | Stellenwertigkeit in der Sachbearbeitung Überwachung fließender Verkehr stärker auf den mittleren Dienst verlagern | 32 | 11 | 0,14 | 9.300 | 9.300 | 9.300 | 9.300 | 9.300 | 9.300 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018; keine Stellenreduzierung, ausschließlich Personalaufwandsminderung. |
| 140-28 | keine | Stellenbewertungen prüfen und reduzieren | 33 | 11 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-29 | keine | Reduzierung des Personals durch teilweise Dezentralisierung der Aufgabenwahrnehmung und Verzicht auf freiw. Tätigkeiten | R 6 | 11, 13, 16 | 2,16 | 144.200 | 144.200 | 144.200 | 144.200 | 144.200 | 144.200 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-30 | keine | Doppelt besetzte Amtsleitung aufgeben | 41 | 11 | 1,50 | 100.500 | 100.500 | 100.500 | 100.500 | 100.500 | 100.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-31 | keine | Zuschüsse reduzieren bzw. aufgeben | 41 | 13 | 0,15 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |

3. Maßnahmenübersicht zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023ff.

| HSP-Nr. | bisherige HSK-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Teilplanzeile | * Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022 | HSP-Ziel 2021 (EUR) | HSP-Ziel 2022 (EUR) | HSP-Ziel 2023 (EUR) | HSP-Ziel 2024 (EUR) | HSP-Ziel 2025 (EUR) | HSP-Ziel 2026 (EUR) | Anmerkungen |
|---------|-------------------|---|----------------|----------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---|
| 140-32 | keine | Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken anpassen | 41 | 11 | 1,65 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018. Durch die Optimierung der Öffnungszeiten verringert sich der Stellenbestand entsprechend. |
| 140-33 | keine | Stellenwegfall Logopäden, Motopäden und Heilpädagogen | 45 | 11 | 0,08 | 0 | 5.500 | 5.500 | 5.500 | 5.500 | 5.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018; keine Stellenreduzierung, ausschließlich Personalaufwandsminderung. |
| 140-34 | keine | Anhebung der Elternbeiträge und regelmäßige Einkommensprüfung | 45 | 04 | 20,49 | 1.220.000 | 1.370.000 | 1.520.000 | 1.670.000 | 1.670.000 | 1.670.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021. Die Erhöhung diente zur Kompensation der Streichung der Maßnahme Nr. 141 und die Reduzierung der Maßnahmen Nr. 59 und 140-35. |
| 140-35 | keine | Anhebung der Verpflegungskostenbeiträge in städt. Kindertageseinrichtungen | 45 | 05 | 6,73 | 450.000 | 450.000 | 450.000 | 450.000 | 450.000 | 450.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021. Der Konsolidierungsbeitrag musste nach unten angepasst werden, da bei der ursprünglichen Bemessung die Anzahl der durchschnittlichen Verpflegungstage zu hoch angesetzt wurde. Kompensation erfolgte durch Erhöhung der Maßnahme Nr. 140-34. |
| 140-36 | keine | Nutzungsentgelte Sporthallen | 52 | 05 | 1,68 | 112.000 | 112.000 | 112.000 | 112.000 | 112.000 | 112.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-37 | keine | Interdisziplinäres Frühförderzentrum | 53 | 11, 13, 14, 16 | 0,42 | 28.400 | 27.900 | 26.200 | 25.800 | 24.100 | 23.500 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-38 | keine | Verzicht auf die Personalgestellung für die Vereine | R 6 | 11 | 1,42 | 95.000 | 95.000 | 95.000 | 95.000 | 95.000 | 95.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018; keine Stellenreduzierung, ausschließlich Personalaufwandsminderung. |
| 140-39 | keine | Durchsetzung der Haus-Spielplatz-Satzung | 61 | 07 | 0,10 | 0 | 7.000 | 7.000 | 7.000 | 7.000 | 7.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-40 | keine | Personalreduzierung in der Stadtentwicklung | 61 | 11 | 0,00 | 0 | 0 | 86.000 | 86.000 | 86.000 | 86.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-41 | keine | Personalreduzierung Bauleitplanung durch Digitalisierung von Prozessen | 61 | 13 | 0,22 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-42 | keine | Digitaler Datenabgleich mit dem Grundbuchamt | 62 | 11 | 0,51 | 0 | 33.950 | 33.950 | 33.950 | 33.950 | 33.950 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-43 | keine | Vollständiger Verzicht auf Schreibdienste | 66 / 50 | 11 | 0,48 | 32.192 | 32.192 | 32.192 | 32.192 | 32.192 | 32.192 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-44 | keine | Personalreduzierung (Verwaltung) im Bereich Baumschutzsatzung | 70 | 04, 11 | 0,14 | 9.300 | 9.300 | 9.300 | 9.300 | 9.300 | 9.300 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 140-45 | keine | Abschaffung der Dienstbefreiung für die Mitarbeiter an ihrem Geburtstag | alle | 11 | 3,10 | 207.000 | 207.000 | 207.000 | 207.000 | 207.000 | 207.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018; keine Stellenreduzierung, ausschließlich Personalaufwandsminderung. |
| 141 | keine | Erhöhung des Elternbeitragsaufkommens/ Kita durch jährliche Einkommensprüfung | 45 | 05 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die Maßnahme wurde im Rahmen der HSP-Fortschreibung 2021 gestrichen; sie ging in der Maßnahme Nr. 140-34 auf. |
| 142 | keine | Kalkulatorischer Zinssatz - Aussetzung der Abschmelzung | 70 | 04 | 17,98 | 1.180.522 | 1.202.169 | 1.202.169 | 1.202.169 | 1.202.169 | 1.202.169 | Siehe Maßnahmeblatt. Die Berechnung der Konsolidierungsbeiträge erfolgt detailscharf im Rahmen der jährlich zu beschließenden Satzung. Die Erhöhung dient der Kompensation der Reduzierung der Maßnahme 123. |
| 143 | keine | Weitere Personalaufwandsreduzierung | 11 | 11 | 10,47 | 700.000 | 700.000 | 700.000 | 700.000 | 700.000 | 700.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2018 |
| 144 | keine | Kompensation des Steuereintruchs | 24 | 07 | 0,00 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | Die im HSP des HPL-Entwurfes 2019 hier eingeplanten Pauschalbeträge wurden durch Ratsbeschluss vom 06.12.2018 konkretisiert. Siehe hierzu Vorlage V 18/0980-01 sowie die Maßnahmen 144-1 bis 144-4. |
| 144-1 | keine | Einsparung von Personalaufwendungen | 11 | 11 | 37,39 | 0 | 2.500.000 | 6.000.000 | 6.000.000 | 6.000.000 | 6.000.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2019 |

3. Maßnahmenübersicht zum Haushaltssanierungsplan 2022/2023ff.

| HSP-Nr. | bisherige HSK-Nr. | HSP-Maßnahme (Bezeichnung) | Verantwortlich | Teilplanzeile | * Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022 | HSP-Ziel 2021 (EUR) | HSP-Ziel 2022 (EUR) | HSP-Ziel 2023 (EUR) | HSP-Ziel 2024 (EUR) | HSP-Ziel 2025 (EUR) | HSP-Ziel 2026 (EUR) | Anmerkungen |
|---------|-------------------|---|----------------|---------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---|
| 144-2 | keine | Einsparungen im Rahmen der ÖPNV-Optimierungen | BHM Ruhrbahn | 15 | 0,00 | 0 | 0 | 2.000.000 | 2.000.000 | 2.000.000 | 2.000.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021. Aufgrund des Antrages A 21/0146-01 wurde die Maßnahme angepasst. |
| 144-3 | keine | Rathaus-Zinsverbesserung (Rückkauf oder Miete) | R 2 | 16 | 0,00 | 0 | 0 | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2019 |
| 144-4 | keine | Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes B ab dem Jahr 2019 auf 890 v. H. | allg. Finw | 01 | | 12.350.000 | 12.350.000 | 12.350.000 | 12.350.000 | 12.350.000 | 12.350.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2019 |
| 145 | keine | Auflösung der Gesellschaft Mülheim & Business GmbH | 61 | 11 | 2,24 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | 150.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021 |
| 146 | keine | LED-Ausstattung in städtischen Gebäuden | 26 | 13 | 4,04 | 55.000 | 270.000 | 405.000 | 550.000 | 550.000 | 550.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021 |
| 147 | keine | Zusammenführung und Modernisierung der städtischen Bibliotheksdienste im Medienhaus | 41 | 11 | 2,99 | 0 | 200.000 | 300.000 | 300.000 | 300.000 | 300.000 | Siehe Maßnahmeblatt. Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 01.07.2021 eine Änderung der Konsolidierungsbeiträge beschlossen (siehe hierzu Vorlage V 21/0523-01). |
| 148 | keine | Neuregelung des OGS-Zuschusses | 45 | 11, 15 | 17,95 | 500.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021 |
| 149 | keine | Optimierung Leitungsfunktion Amt 45 | 45 | 11 | 1,50 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | 100.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021 |
| 150 | keine | Optimierung im Bereich des Jobcenters durch effizientere Nutzung der Bundesmittel und gleichzeitige Zuordnung von Personal in den Abrechnungsbereich SGB II | 57 | versch. | 7,48 | 200.000 | 500.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | 1.000.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021 |
| 151 | keine | Reduzierung/Einstellung der Beratungsanteile in der Rentenversicherung | 50 | 11 | 0,90 | 0 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021 |
| 152 | keine | Pauschale Einsparvorgabe | alle | versch. | 29,92 | 1.000.000 | 2.000.000 | 3.000.000 | 3.000.000 | 3.000.000 | 3.000.000 | Siehe Maßnahmeblatt im HSP 2021 |
| | | | | | | 86.619.788 | 92.989.813 | 101.848.182 | 102.188.382 | 102.171.282 | 102.199.902 | |

* Erläuterung zu Grundsteuer-Äquivalent Hebesatzpunkte GrSt B 2022
 Die in der jeweiligen Zeile angegebene Zahl stellt den rechnerischen Wert dar, um den der Grundsteuerhebesatz im Jahr 2022 zu erhöhen wäre, wenn das HSP-Ziel der entsprechenden Maßnahme im Jahr 2022 nicht erreicht würde und durch eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes auszugleichen wäre.